

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 46.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 98.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (19)

## Eine andere Bilanz.

Die Jahrgang des Tages des 15. November 1925, jenes Tages, der durch die Wahlverlage der Sozialdemokratie die internationale bürgerliche Reaktion in den Sattel setzte, haben wir nach der Richtung der Schäden, die schon bisher die Arbeiterklasse dieses Staates durch die ungehemmte Herrschaft des Bürgerturns erlitt, gewürdigt, doch noch eine andere Würdigung ist notwendig. Der 15. November des vorigen Jahres brachte den sozialdemokratischen Parteien schwere Verluste, er brachte zugleich der kommunistischen Partei einen Erfolg, den diese als ungeheuren Sieg ausposaunte. Es war der kommunistischen Partei gelungen, durch fruppelloseste Anwendung verlogener Demagogischer Mittel, durch systematische Verleumdung, Verdächtigung und Beschimpfung der sozialdemokratischen Führer, durch gewissenloses Hinausdrängen sozialistischer Arbeiterforderungen das Vertrauen großer Arbeitermassen der Sozialdemokratie, die die erfolgreichste Führerin und Vorkämpferin des Proletariats war, zu entfremden. In den Zeiten der wirtschaftlichen Krise und Not der Arbeiterklasse, die vielfach unter den Arbeitern verzweifelte Stimmungen hervorrief, waren diese Arbeiterführer nur allzuleicht geneigt, den Verheißungen und der vorgepiegelten Gato morgana des Bolschewismus zu folgen. Rund eine Million Wähler gaben ihre Stimmen den kommunistischen Kandidaten, 41 Abgeordnete und 20 Senatoren hielten als Vertreter der kommunistischen Parteien ihren Einzug in das tschechoslowakische Parlament. Dieser Wahlsieg wurde unter Verhältnissen errungen, wie sie für die kommunistische Partei niemals wiederkehren, die niemals darauf hoffen kann, wieder in solcher Stärke im Parlament vertreten zu sein.

Wie aber hat die kommunistische Partei das ihr anvertraute Pfand verwaltet, wie hat sie die gewonnenene Macht zum Wohle der Arbeiterklasse verwertet, wie hat sie das Vertrauen, das ihr von einer Million Arbeiter entgegengebracht wurde, belohnt, was hat sie in diesem Jahre erreicht und welche Erfolge kann die Arbeiterklasse des tschechoslowakischen Staates von ihr in weiterer Zukunft erwarten? Auch diese Bilanz muß gezogen werden, wenn nicht der verhängnisvolle Tag des 15. November 1925 eine Wiederholung finden soll. Die Arbeiterklasse muß sich bewußt werden, daß es eben dieser kommunistische Wahlsieg war, dem sie die Schwächung der Gesamtkraft des Proletariats im Staate zu danken hat und daß er es war, der den Zusammenschluß des arbeitserfindlichen Bürgerturns überhaupt erst möglich machte!

Der Inhalt der fünfjährigen Agitation der kommunistischen Partei war: die Sozialdemokratie führt die Sache der Arbeiterklasse schlecht, nur die kommunistische Partei kann das Proletariat nicht nur zu Erfolgen, sondern auch zum raschen und vollständigen Endsieg führen! Wer solches verspricht, hat es durch die Töt zu beweisen und diese Tat war möglich, seitdem diese Partei in solcher Stärke ins Parlament eingezogen war. Die Million arbeitender Menschen hatten ja 61 kommunistischen Kandidaten doch nicht nur zu dem Zwecke zu Mandaten verholfen, damit sie den demokratischen Parlamentarismus „entlarven“, sondern sie wollten die tausendmal angeklagten Laten sehen, wollten sehen, wie es die Kommunisten besser machen als die Sozialdemokratie. Es mußten nicht gerade Taten sein, die innerhalb des Parlaments errungen wurden, das Proletariat hätte auch mit außerhalb Parlaments errungenen Erfolgen vorlieb genommen. Das war doch einer der Hauptwürfe der kommunistischen Arbeiter, daß die Sozialdemokraten zu viel auf die bürgerliche Demokratie und den Kampf der Massen außerhalb des Parlaments

nicht wirksam zu organisieren verstanden. Der 15. November zeigte, daß hinter der kommunistischen Partei eine Million Wähler steht — aber was geschah nun? Innerhalb des Parlamentes haben die Kommunisten vollständig versagt. Ihre 61 Mandate waren für den parlamentarischen Kampf so gut wie vollständig verloren. Sie waren im Parlament keine wirkende Kraft. Die Reden der kommunistischen Abgeordneten und Senatoren kamen in ihrer Bedeutung belanglosen Lusterschütterungen gleich. Je „radikaler“, je aufgedonnerter, drohender, großmäuliger sie waren, desto mehr erfüllten sie nur den einen Zweck, dem sie unbewußt dienlich gemacht wurden: die Abwehr- und Angriffslust der Bourgeoisie zu stärken, der Reaktion die Argumente zu liefern, die auch dadurch an den Kommunisten wertvolle Helfer fand, daß deren anbefohlene Hauptaufgabe im abgelaufenen Jahre wie in allen Jahren vorher nicht im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien, sondern in der Besudlung und Bekämpfung der Sozialdemokratie bestand.

Ein Jahr ist seit dem kommunistischen Wahlsieg vergangen, aber nichts ist geschehen, die Arbeiterklasse hat diesem Sieg nicht den allergeringsten Erfolg zu danken! Im Gegenteil! Der Tag des 15. November 1925 bedeutet den Beginn der Etablierung der brutalsten Klassenherrschaft der Bourgeoisie. So lange die sozialdemokratischen Parteien im Parlament eine Macht besaßen, hätte das Bürgerturn es niemals gewagt, mit solcher Frechheit aufzutreten, Verwaltung und Gesetzgebung ihren selbstfälligen Klasseninteressen so unverschämte dienstbar zu machen, wie es im letzten Jahre geschah. Einmündig kommunistische Abgeordnete und Senatoren mit ihrer Million Wähler waren nicht imstande, die Einführung der Hungerzölle und die Erhöhung der Pfahfengehalte abzuwehren, sie werden nicht imstande sein, die Verschlechterung der Sozialversicherung und die Verlängerung der militärischen Dienstzeit zu verhindern. Ihre Kraft reicht aus, die Einigung der Arbeiterklasse, die sie gespalten und gegeneinander verhetzt haben, zu verhindern und der Sozialdemokratie Knüttel zwischen die Füße zu werfen, aber sie reicht nicht, das Böse, das im letzten Jahre aus dem Rüllhorn der deutsch-tschechischen Koalition so reichlich auf die Arbeiterklasse herniederströmte, abzuwehren. Den Bankrott ihres Kampfes um die „Lagesforderungen der Arbeiterklasse“ den schon dieses eine Jahr gebracht hat, suchen sie mit der Parole der „Einheitsfront“ zu verhüllen. Die verhaftete, verlästerte, verleumdete und tausendmal maulrot gejaute Sozialdemokratie soll mit ihnen in die „Einheitsfront“ treten, dann wird gelingen, was die Kommunisten nicht, daß sie sich damit selber das denkbar klägliche Armutszeugnis ausstellen? Früher erklärten sie, schon eine kleine entschlossene Minderheit wäre imstande, der ganzen kapitalistischen Ordnung ein Ende zu machen, jetzt, da sie eine Million Wähler hinter sich haben und die relativ stärkste Sektion der kommunistischen Internationale sind, haben sie nicht einmal die Agrarzölle zu verhindern vermocht. Ja ihr Sieg war es, der den deutsch-tschechischen Bölknern erst den Mut gemacht hat, der arbeitenden Bevölkerung diesen Milliardenbeitrag aufzuerlegen. Von der „Einheitsfront“ faheln sie, aber sie haben noch nicht einen Tag aufgehört, gegen diejenigen, die sie als Bundesgenossen gewinnen wollen, das Lügengift ihrer gehässigen Agitation zu spritzen. Sie behaupten, auf dem Boden der Einheitsfront für die Interessen der Arbeiter des tschechoslowakischen Staates kämpfen zu wollen, aber sie verhöhnen die Tatsache, daß sie nur Marionetten der Moskauer Diktatoren sind und daß sie nicht tschechoslowakische Arbeiterpolitik, sondern nur die Politik des russischen Sowjetimperialisismus betreiben dürfen.

Einmal wird und muß für die Arbeiterklasse auch der Tag der Abrechnung mit den Kommunisten kommen. Die juchenden Schäden dieser der Sache des kämpfenden Proletariats zugefügt haben, können nicht ohne Vergeltung bleiben. Sie haben die Arbeiterklasse gespalten, weil die Sozialdemokratie nach ihrer Behauptung den Weg zum Sozialismus zu langsam dahinschritt, doch bis heute sind sie dem Beweis schuldig, wie man es macht, um den Sozialismus rascher zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie haben sie des Reformismus und der Schlappheit geziehen, aber bis heute sind sie noch nicht hinter

der Diefenbank hervorgetreten, um auf die Vorkäfen zu steigen und auf ihren zahllosen „Zergängen“ sind sie nun selber beim Reformismus angelangt, ohne aber die Kräfte zu haben, auf diesem früher so verpönten Gebiet Erfolge erringen zu können. Die Zeit seit dem 15. November des Vorjahres, der den Kommunisten eine so bedeutende Macht gegeben hat, liefert für die Arbeiterklasse eine traurige Bilanz. Die Wirkung des kommunistischen Wahlsieges fühlt heute schon jeder arbeitende Mensch schmerzhaft am eigenen Leibe. Der Datum des 15. November darf sich nie wiederholen!

## Große Wahlerfolge der reichsdeutschen Sozialdemokraten.

Dresden, Leipzig und viele andere sächsische Gemeinden in sozialistischen Besitz übergegangen. — Starkes Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen in Lübeck und Kiel.

Berlin, 15. November. (Eigener Bericht.) Die Sozialdemokratie hat am gestrigen Sonntag außerordentlich günstige Wahlergebnisse in Sachsen, Lübeck und Kiel erzielt. Gegenüber den vor 14 Tagen vollzogenen Landtagswahlen zeigen die gestrigen Gemeindevahlen in Sachsen eine auffallende Verschiebung nach links, von der in erster Linie die Sozialdemokratie profitiert. In Leipzig vermehrte sie ihre Mandatszahl von 19 auf 26, während die Kommunisten auf ihrer alten Zahl von 14 Mandaten stehen blieben. Zusammen mit den zwei Mandaten der alten Sozialdemokratie haben somit die Linksparteien in Leipzig 42 Mandate gegenüber 32 Bürgerlichen. In Dresden hat die Sozialdemokratie 26 (bisher 21) Mandate erobert, die Kommunisten haben wie bisher 10, die alten Sozialdemokraten 3 Mandate. Auch hier haben die Bürgerlichen die Mehrheit verloren. In Chemnitz stehen 17 Sozialdemokraten und 14 Kommunisten 30 Bürgerliche gegenüber. Hier haben die Sozialdemokraten von den Kommunisten ein Mandat gewonnen. Weiteres gewann nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen die Sozialdemokratie in Rittau ein, in Bautzen 3, in Löbau 2 Mandate; in allen diesen Städten ist die Linksmehrheit gesichert, ebenso in Reichen, Pirna und Freital bei Dresden.

Die Position der bürgerlichen Parteien ist außerordentlich geschwächt worden und wenn die Kommunisten zu einer ernsthaften kommunalpolitischen Arbeit zu haben wären, so könnte jetzt eine wirksame Politik zum Besten der arbeitenden Bevölkerung getrieben werden. Bemerkenswert ist es, daß die sogenannte alte Sozialdemokratie gegenüber den Landtagswahlen starke Verluste erlitten und in ganz Sachsen kaum ein Duzend Stadtverordnetenmandate besetzt hat. Einen glänzenden Erfolg erzielte die So-

zialdemokratie gleichfalls in Lübeck, wo Neuwahlen zur Bürgererschaft vorgenommen waren. Die sozialdemokratischen Mandate stiegen von 28 auf 35, während die Kommunisten von 10 auf 5 Mandate zurückgingen. Der im hanseatischen Volksbund vereinigte Rechtsblock erhielt 36 Mandate, die Demokraten verloren von ihren bisherigen sechs Mandaten vier. Durch den Wahlsieg der Sozialdemokraten ist die Wiederkehr des altsächsischen Putschisten Reumann als Bürgermeister von Lübeck verhindert worden.

In Kiel erhielt bei der Wahl eines beiderseitigen Stadtrates, die durch die gesamte Bürgererschaft vorgenommen wird, der sozialdemokratische Kandidat Dr. Hoffmann 35.843 Stimmen, während der bürgerliche Gegenkandidat, eine letzte Größe, nur 31.468 Stimmen erhielt. Für die Sozialdemokratie sind seit der letzten Bürgermeisterwahl um rund 6000 Stimmen mehr abgegeben worden.

Unbefriedigend ist allein der Ausgang der Wahlen in Baden, wo eine große Wahlmüdigkeit die Ergebnisse ungünstig beeinträchtigte. In den größeren Städten gingen nur 40 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne, in den kleineren Orten 60 bis 70 Prozent. Sämtliche Parteien erlitten starke Stimmverluste, an der bisherigen Mandatsverteilung wird sich aber wenig ändern. In einigen Orten konnte die Sozialdemokratie ihre Stellung etwas verbessern. Die Sozialdemokratie wird sofort in eine Nachprüfung darüber eintreten, wie weit Mängel in den Organisationen die Wahlmüdigkeit mit verursacht haben.

Abgesehen von Baden zeigt es sich also, daß die sozialdemokratische Bewegung sich überall im ganzen Reiche in kräftiger Aufwärtsbewegung befindet.

## Freitag Entscheidung der Bergarbeiterdelegierten.

London, 15. November. (AP.) Sämtliche Bergbauverviere müssen bis Donnerstag ihre Entscheidung bezüglich der Regierungsvorschläge treffen. Das Ergebnis wird am Freitag der Konferenz der Bergarbeiterdelegierten vorgelegt werden. Einige Reviere in Südwales haben bereits die Regierungsvorschläge gutgeheißen und es wird erwartet, daß die Abstimmung in den übrigen Bezirken wenigstens eine Mehrheit zu Gunsten der Regierungsvorschläge ergeben wird.

In den Regierungsvorschlägen ist u. a. auch die Bestimmung enthalten, daß die auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Verträge eine Gültigkeitsdauer von mindestens drei Jahren haben sollen.

## Neberfall französischer Sozialisten auf die royalistische „Action Francaise“.

Schießereien in der Redaktion.  
Paris, 15. November. Gestern abends ereignete sich ein erster Zwischenfall zwischen Mitgliedern der französischen sozialistischen Partei und Anhängern des royalistischen Blattes „Action Francaise“. Etwa 20 Mitglieder der französischen sozialistischen Partei drangen gewaltsam in die Räumlichkeiten der Redaktion der „Action Francaise“ ein, wo einige Redakteure mit dem Deputierten Leon Taudet und dem Chefredakteur Pata arbeiteten. Anfangs wurden Tintensprayer und kleine Gegenstände geschleudert, als plötzlich ein Revolverknall fiel. Durch

die Untersuchung wurde bisher noch nicht festgestellt, wer den ersten Schuß abgegeben hat. Nach der Schießerei, bei welcher etwa 30 Schüsse abgegeben wurden, zogen sich die Sozialisten zurück und trugen einen ihrer Angehörigen, der in die Brust schwer verwundet worden war, und zwei Leichtverletzte weg.

Verurteilt wurde der Zwischenfall durch ein Verbot, welche einige Tage hindurch zwischen dem Direktor der „Action Francaise“ Charles Maurras und dem sozialistischen Blatte „Rouveau Siecle“, welches von dem ehemaligen Mitgliede der Redaktion der „Action Francaise“ Georges Valois geleitet wird, geführt wurde. Maurras beschuldigte die französischen Sozialisten, von dem italienischen Sozialisten finanziert zu sein. Valois wies diese Anschuldigung zurück. Maurras legte die Kampagne fort. Die Polizei erfuhr beiderseits eine Steigerung. „Rouveau Siecle“ richtete am Samstag an die „Action Francaise“ folgenden Appell: „Entweder werdet Ihr schweigen oder wir werden Euch zum Schweigen bringen. Daraufhin erwiderte Maurras in der gestrigen Nummer der „Action Francaise“ mit einem neuen scharfen Artikel. Gestern nun kam es zu dem Zwischenfall. Maurras selbst war zu dieser Zeit in der Redaktion nicht zugegen. Sein Bureau wurde jedoch verwüstet.

Die „Action Francaise“ nennt in der heutigen Nummer den Redakteur Valois einen Banditen. „Rouveau Siecle“ erklärt, Valois nehme die volle Verantwortung für die gestrige Tat auf sich, welche in seinem Anstrich erfolgt sei, da die „Action Francaise“ ihn „in toter Weise verhöhnt hat“.

Die Polizei hat die Untersuchung des Falls eingestellt.

# Protesttag der Angestellten.

## Gegen die Verschleppung der Novellierung des Pensions-Versicherungs-Gesetzes.

## Gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung der Angestellten

Zu einer denkwürdigen Kundgebung für die freigeberische Organisationsidee gestaltete sich die am Sonntag, den 14. November 1926 im geschmiedten „Stolz Proq“ Saale in Letzchen stattgefundene Tagung der Angestellten, die einen erheblichen Eindruck auf alle erschienenen Delegierten ausübte, die in Begleitung der Ausführenden der Redner folgten und auseinander gingen in dem festen Bewußtsein, daß diese Protestkundgebung gegen die Verschleppungsmonade der Sozialversicherung der Angestellten eine außerordentliche Willenskundgebung von überwältigender Kraft und Stärke der freien Angestelltenbewegung im tschechoslowakischen Staate war.

Vor Eröffnung der Tagung begrüßte die Jugendabteilung der Bodenbacher Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten mit dem Viede „Seht unsre Fahnen in den Wind“, die in übergroßer Zahl erschienenen Delegierten aller Verbände, worauf Kollege Köppler (B. d. A. Bodenbach) über Auftrag der Angestellten-Vereinigung im deutschen Gewerkschaftsbunde die erste Delegiertentagung der freien Angestellten-Gewerkschaften feierlich eröffnete. Unter großem Beifall begrüßte der Vorsitzende unter den erschienenen Gästen den Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren Genossen Dr. Ludwig Czech und den Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission Kollegen Franz Macoun. Für die Allgemeine Pensionsanstalt waren die Herren Direktor Dr. Gallas, für die Landesstelle 2 der Allg. Pensionsanstalt Obmannstellvertreter Dr. Niko Kotzba und Herr Direktor Georg Seer erschienen. Vertreter nachfolgender Körperschaften nahmen gleichfalls an der Tagung teil: Tschechoslowakisches Preßbureau, „Sozialdemokrat“, Prag; „Volkswort“, Bodenbach; Gehilfenverein beim Handelsverein Teplitz, Grenzkrankenkasse Teplitz, Bezirkskrankenkassenverband Letzchen, Verband der Bank- und Sparkassenbeamten, Angestellte der deutschen Theater, Verband der öffentlichen Angestellten, Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Vor Eingang in die Beratungen kamen die erschienenen Gäste zu Wort. Unter großem Beifall betrat Gen. Dr. Czech das Rednerpult, um der Tagung die Grüße der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Klub der Abgeordneten und Senatoren zu entbieten. Von der ersten Stunde der Wirksamkeit auf diesem schweren Boden hat sich die Sozialdemokratie an die Seite der im höchsten Ringen um ihr Recht kämpfenden Angestellten gestellt und von der ersten Stunde an, damals noch unter Führung unseres unvergesslichen Freundes Ernst Pirsch, an ihrer Seite wacker gekämpft. So wie damals werden wir es auch in der Zukunft halten. In diesem Sinne begrüßen wir Sie als Kampfgesossen. Brausen der Beifall dankte dem Genossen Czech für die bewährte Solidarität. Als Vertreter der Landesstelle 2 der Allgemeinen Pensions-Anstalt begrüßte Herr Dr. Kotzba die Tagung, der als Obmannstellvertreter der Tagung besten Verlauf wünschte (Beifall).

Ueber die Novellierung des Pensionsversicherungs-

gesetzes sprach in einmündiger Ausführung Kollege Florian Bergmann (B. d. A. Bodenbach). Ueber die Krankenversicherung der Angestellten referierte Kollege Franz Kirchof (B. d. A. Bodenbach). Beide Referenten erzielten stürmischen Beifall, ihre Ausführungen wurden häufig von Zustimmungskundgebungen und Zwischenrufen unterbrochen. Wir konnten darauf noch zurück. In der den Referaten folgenden Diskussion behandelte Kollege Dr. Artur Bezdel das Problem der Sozialversicherung vom Gesichtspunkt der Bergbau- und Hüttenangestellten. Kollege Vesel (Wardobitz) sprach als Vertreter der in Böhmen wohnenden Mitgliedschaft des Allgemeinen Industrie-Angestelltenverbandes und forderte energisch die Beschleunigung der Novellierungsarbeiten des Pensionsversicherungs-Gesetzes. Kollege Raitscher nahm als Delegierter des Bundes der Vertreter und Reisenden im Zentralverband der Angestellten zum Problem der Kranken- und Pensionsversicherung Stellung, worauf Kollege Macoun, mit großem Beifall begrüßt, die Wichtigkeit der gemeinsamen Front der Arbeiter und Angestellten im Kampfe um die sozialpolitische Gesetzgebung betonte. Der Ansturm der vereinigten Unternehmerklasse gegen die Sozialversicherung der Arbeiter läßt erkennen, daß der bevorstehende Kampf um die Gesetzgebung der Angestelltenversicherung nur gemeinsam mit der Arbeiterschaft geführt und erfolgreich beendet werden kann. Stürmische Zustimmung der Delegierten dankte dem Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission für die Befestigung der Solidarität. Kollege Rudolf Schmied (Nähr, Zschönbach) gab als Vertreter der Industrieangestellten für Nahrung und Schlessien seine Meinung dahin kund, daß trotz der kümmerlichen Gehaltsbedingungen, unter denen die Angestellten des mährisch-schlesischen Organisationsgebietes leiden sie im Gelegeten zur Krankenversicherung weitgehende Verschlechterungen, in der heutigen Renten des Pensionsversicherungs-Gesetzes eine vollständig unzulängliche Härtefolge erblickten.

Als Vertreter der Allgemeinen Pensions-Anstalt sprach Herr Direktor Dr. Gallas, der die Unzulänglichkeit der Renten des heutigen Pensionsversicherungs-Gesetzes jagte, weil dieselben nur teilweise dekretiert wurden und teilte mit, daß nach den nunmehr fertiggestellten Versicherungs-mathematischen Berechnungen die Höchstrenten 18 bis 20.000 K betragen dürften. Auch für die Altersrenten wird versucht, die größten Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Auch bei der Krankenversicherung dürften keine wesentlichen Verschlechterungen, sondern nach seiner Meinung verschiedene Verbesserungen Platz greifen. Die nunmehr fertiggestellten versicherungsmathematischen Berechnungen sehen bei viereinhalbprozentigen Krankenkassenbeitrag vom Gehalte in der höchsten Klasse ein tägliches Krankengeld von K 45.— bis K 48.— vor, welches nach Ablauf der ersten 6 Wochen Krankheitsdauer um 25 Prozent erhöht werden soll. Allerdings kann dieses erhöhte Krankengeld nur dann gewährt werden, wenn während der ersten 14 Tage Krankheitsdauer kein Krankengeld zur Auszahlung kommt (!). Inwiefern die versicherungsmathematischen Berechnungen parlamentarische Genehmigung finden, hängt von der Ent-

scheidung der politischen Parteien und dem Einfluß der Interessengruppen der Versicherten ab (Beifall). Kollege Schmidt (B. d. A. Bodenbach) schilderte an einem Falle die Unzulänglichkeit des Pensionsversicherungs-Gesetzes und hofft, daß die Altersrenten bei der Novellierung mit den Rentensicherungen gleichgestellt werden (Beifall). Kollege Šamší (Teplitz) sprach als Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten und verwies auf die niederträchtige Kompromisspolitik der kapitalistischen Parteien, die behaupten, daß größere Krankenversicherungsanstalten über ihre Leistung keine Rechnung legen, obwohl dieselben Blätter im Internatenteil die Berichte der Kosten veröffentlichen. Diese beschämende Kampfführung charakterisiert den Fall, den die Bourgeoisie den Angestellten und den von ihnen verwalteten Instituten entgegenbringt. Mit aller Entschiedenheit muß die Selbstverwaltung der Versicherten auf dem Gebiete der Pensions- und Krankenversicherung der Angestellten gefordert werden. (Großer Beifall). Die vorgelegten Entschlüsse zur Pensionsversicherung und zur Angestellten-Krankenversicherung die wir noch nachtragen werden, fanden einstimmige Annahme, worauf Kollege Köppler mit Dank-

worten an die Gäste und Delegierten berichten konnte, daß der Allgemeine Industrieangestelltenverband mit 226 Delegierten aus 36 Gruppen und Kreisen, der Zentralverband der Angestellten mit 157 Delegierten aus 28 Gruppen, der Reichsverband der Bergbau- und Hüttenangestellten mit 29 Delegierten aus 14 Gruppen, der Deutsche Pensionsverband mit 26 Delegierten aus 12 Gruppen bei der Tagung vertreten waren. In einem von Leidenschaft und Begeisterung erfülltem Schlußwort forderte Kollege Köppler alle Anwesenden zum entschiedenen Kampfe um die Beschleunigung der Gesetzgebung, zur energischen Abwehr der geplanten Verschlechterungen der Krankenversicherung der Angestellten auf. Nur in der freien Gewerkschaft können die Angestellten den einzigen Freund und Anwalt ihrer Interessen erblicken. Die freie Angestelltenorganisation auszubauen, ihr neue Kämpfer und Streiter zuzuführen, mit Opfermut und leidenschaftlicher Begeisterung tätig und stündlich für die Gewerkschaftsidee zu wirken, heißt den Kampf um die Sozialversicherung und die gesamte Sozialpolitik der Angestellten erfolgreich und siegreich zu führen. Unter stürmischem Beifall und großer Begeisterung aller Delegierten wurde die imposante Tagung geschlossen.

## Verbandstag der Bank- und Sparkassenangestellten.

### Zweiter Verhandlungstag.

Der Verbandstag hatte sich in seiner Sonntag-Sitzung mit einigen wichtigen Fragen zu beschäftigen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem „Unsere sozialpolitischen Forderungen“ und „Die künftige Regelung der Kollektivverträge“. Aus den Referaten war zu erkennen, daß die Regierung in unverantwortlicher Weise die Novellierung wichtiger Gesetze verhindert und verschleppt, daß noch so manche sozialpolitische Forderung, die in anderen Ländern schon lange Wirklichkeit und Notwendigkeit geworden ist, bei uns erkämpft werden muß. Ueber die sozialpolitischen Forderungen referierten die Genossen Kollin und Waschaf. Sekretär Kollin sprach über die unbedingte Notwendigkeit der

### Novellierung des Betriebsauswahlgesezes

Durch eine Nachlässigkeit wurde den Angestellten der Bankinstitute die Möglichkeit genommen, ihre Betriebsauswählschüsse zu wählen. Bisher, weil man im § 1 die Aufzählung der Geldinstitute vergessen hat. Rein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist es Pflicht, die Beamten unter den zu lassen und es kann nicht gebühret werden, daß unser Schicksal allein von einer Clique von Bankdirektoren entschieden wird. Nur die Allgemeine Gewerkschaftsbund in Prag hat ihren Betriebsauswahlschuss. Die Novellierung des Angestellten-Gesetzes wurde verzögert und noch so manches andere für die Bank- und Sparkassenangestellten wichtiges Gesetz.

Generalsekretär Waschaf nahm hierauf in seinem Referate Stellung zur Arbeitslosenunterstützung und zum Genter System. Zwar betrage heute die Arbeitslosigkeit im Verlande kaum ein Prozent der Mitglieder, aber dennoch ist es notwendig, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Der Referent wies darauf hin, wie vollständig unzulänglich, unständig und für die Gewerkschaften gefährlich das Genter System ist. Er verlangte, daß das Verfahren vereinfacht werde. Heute muß der Arbeitslose einen ganzen Leidensweg gehen, die Gewerkschaften, die viel Arbeitslose haben, müssen einen eigenen Apparat unterhalten, um den Forderungen der Regierung ge-

recht zu werden, ohne den geringsten Vorteil daraus zu haben.

### Das Genter System ist in seiner heutigen Form eine Gefahr für die Gewerkschaften,

weil ihre Mittel erschöpft werden, weil sie für die Regierung die Beträge auszahlen müssen, die aber erst später mit ihnen abgerechnet, ohne die geringste Zinsausgewütung zu gewähren. Die Regierung hat für die Arbeitslosen Sorge zu tragen und den Gewerkschaften muß die Möglichkeit gegeben werden, nach freiem Ermessen aus ihren Fonds Unterstützungen zu geben. Der Verbandstag nahm hierauf einstimmig nachstehende Resolution an:

Der VI. Verbandstag des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik stellt mit Bedauern fest, daß in der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung eine für die Arbeitshemer unseres Staates verhängnisvolle Wendung eingetreten ist. Nicht nur, daß der so notwendige weitere Ausbau unserer Sozialpolitik unterbrochen ist, sondern sich Tendenzen geltend, die auf eine Verzichtnahme bereits bestehender sozialpolitischer Errungenschaften und Maßnahmen abzielen.

Wenn die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der tschechoslowakischen Geldinstitute an die Spitze ihrer Forderungen die Notwendigkeit einer durchgreifenden Novelle des Betriebsauswahlgesezes stellen, geschieht dies, weil sie das ihnen in der bestehenden Fassung des Gesezes zugehörige Unrecht um so härter empfinden, als erichtlich ist, daß gerade die zunehmende Bedeutung unserer Geldinstitute für den weiteren Ausbau unserer Wirtschaft die Wahl von Betriebsauswahlschüssen in diesen Unternehmungen erforderlich macht. In der allerletzten Zeit wurde von Seite der Regierung auf die sozialen Wirkungen und Zusammenhänge hingewiesen, die für die Parteiarbeit der Banken von Bedeutung sind. Der Verbandstag erwartet, daß soziale Rücksichtnahme sowie Rücksichtnahme darauf, daß die Kollektivierung und Nationalisierung der Geldinstitute eines unserer am meisten volkswirtschaftlichen und wirtschaftstechnischen Probleme sind, welches nicht gegen die Interessen der Angestellten in die Tat umgesetzt werden darf, die maßgebenden Kreise bewegen wird, in Höhe an die Novellierung dieses Gesezes zu streiten, um nicht nur die Forde-

## Die Untersten.

12 Roman von Victor Roda.

Es lag an ihrer Brust mit unerfülltem Verlangen. Fühlte es sich unbefriedigt, so teilte es dies in trübsamen Tönen mit. Es konnte da gar keine Rücksicht, Liebe und Strampeln während ob es nun Tag oder nächtliche Schlafenszeit war. Ließ man es warten, so wurde es furchbar ungemütlich. Dabei war es manchmal recht schwer, die Wünsche des Kleinen zu verstehen; denn er bediente sich seiner besonderen Ausdrucksmittel, deren Sinn die junge Mutter erst nach und nach ergründen konnte. Aber die übeln Gewohnheiten und auch der Luft seiner Wunden vermochten nicht, ihre helle Liebe zu verdunkeln. Alles gemahnte sie daran, daß sie jetzt ein Lebenswerk zu schaffen habe, geboren aus ihrem eignen Fleisch und Blut, beliebt von ihrer eignen Seele, von ihrem Geist.

Der Vater war anders. Allzeit gute Anlagen waren auch in seiner Seele; manch schöne Begabung regte sich. Natur war mit offener Hand über ihn hingegangen wie der Samann über die Scholle. Aber ein böses Korn war zwischen geraten, das mit starker Kraft Wurzel trieb, die den zarteren Pflanzen den Nährstoff entzog. Seine geistige Entwicklung litt unter der überwältigenden Mächtigkeit seines Triebens, das sich in dem Weibe auswuchs, wie sein Schweiß abgeweiht war, sich ihm zu offen. So verführte das Weib in ihm. Seine Ethik geriet in Verfall, und auch der Druag, sein Wissen zu bereichern, seine Geistesbildung zu pflegen, verknüpfte. Seine Eitelkeit nahm zu. Frauen haben ihn gern. Er war groß und schlank, äppig sein Duer, und sein langer Bart zeigte Kultur. Seine Schönheit war febe, weil ihr die Vergewissung fehlte. Sein Geist war träge, und träge war auch seine Moral. Auch seiner Leidenschaft fehlte die Größe. Er war kein Eroberer,

nahm nur die hübschliche Jugend, die Blume am Bogenrand; diese freilich mit tierischer Wildheit. Den Kampf um das Weib konnte er nicht; das Edelweib war sicher vor ihm. Er liebte den Alkohol; doch brauchte es wenigstens nur, um ihn zu betäuschen, und dann war er melancholisch. Aber selbst im Rausch spielte er Romodie. Noch hatte er nicht begriffen, daß jeder der Baumeister seines Lebens sein muß; daß der Mensch mit der Geburt nicht mehr als das nackte Dasein empfangt und es an ihm liegt, ob er am Ende nur eine Lehmhülle oder ein Schloß geschaffen hat. Der Glückliche greift in die Luft und baut aus Sonnenstrahlen sein und dauernd so lange wie's ihm beliebt, häuft in einem Leben voller Liebesnot und Glend bunte Schätze in seine Seele. Der andere erachtet in einem Sandsteinpalast doch nur ein Mansoleum für sich, und Gold und Edelsteine bleiben tote Güter in seinen Händen. Webe aber dem Unglücklichen, der ein Schauspiel aus seinem Jammer macht. Wenn einer noch ein guter Schauspieler wäre! Aber Walters Vater war ein rechter Schmierenskomödiant. Es mangelte ihm an Stolzgefühl. Seine Mittel waren groß, wirkten zu weilen grotesk; auf die Dauer langweilte er. Er deklamirte Balladen über sein Geschick; verglich sich mit einem Adler, dessen Fänge mit Ketten gelockert, dem die Schwingen beschneiden, den Zentnerlasten in Niedrigkeit gefangen hielten. Seine dunkeln Augen schwammen in Nüßrung. Er führte Weib und Kind große Szenen auf; ließ sich, lang hingestreckt über das Sofa, von ihnen auffinden. Das Frühstück, mit Tosenkopf und Kreuz gezeichnet, in der ermattenden Hand empfangen, über den Teppich gestollt. Der Knabe schreit auf in Verzweiflung; er stürzt aus Fenster; da wird der „Tote“ plötzlich wieder lebendig, packt den Jungen und legt ihm die Hand auf den Mund und redet beruhigend auf ihn ein. Ein andermal läßt er sich dabei überraschen, wie er den Revolver an die Schläfe legt. Es gibt einen Kampf mit dem Knaben um die Waffe, während die Mutter händeringend

betend auf den Knaben liegt; — ein Kampf um die Waffe, die nicht geladen ist.

So phantasierte er Frauen in ihre Drogen. Oft häßtesten sie in kranphatische Umarmung zu einander. Aus dem frohen Knaben ist ein Gelpensstehender geworden. Ausbäche fließen durch seine Träume. Am hellen Tage hört er das schwinrende Rauschen der Raben. Die kehrt er ohne Bangnis am Abend heim, nie ohne düstere Ahnung, der Vater könnte sein lebendes Wort nicht gemacht haben; bald werde ihr mich hängen leben! Seine Phantasie war immer äppig, ob sie ihn über Rosenfelder in den Sommerausgang oder mit verhalltem Angesicht und tragischer Gebärde in Finsternis führte. Er griffte dem Vater, der doch der unglücklichste und einsamste von ihnen dreien war, der auf seine Art Menschen zu gewinnen trachtete, um Menschenliebe bußte und doch auf jedermann absehend wirkte, bei niemand Glauben fand. Geviß, er spielte Romodie; aber er spielte aus innerstem Druage, er frönte diesem Epiele. Er wußte, wie Weib und Kind darunter litten und war doch zu schwach, zu hoffnungslos, um sich dem Zwang seiner Neigung zu entwinden. Er war unglücklich als jene beiden. Schwermut und Sinnlichkeit verflochten sich in ihm zu einer schwebelnden Flamme, die seine ganze Kraft, seinen ganzen Lebenssaft, sein Lebensglück langsam verzehrte und weder glänzte noch wärmte.

Walter hatte nicht nur die Mutter, die ihn mehr als sich selbst und ihn nur allein liebte; er hatte andere Gätter neben ihr. Da war Freund Traugott und Frau Edwige.

Noch als schon längst die Zeit ihre sanfte, keine Moosdecke über ihren Grabstein gegossen hatte, war's ihm, als trübe er den Duft von Lilien, wenn er, in einsamer Stunde Erinnerung heraufbeschwörend, läse ihren Namen sprach. Sie

weckte eine Liebe in ihm, eine ganz andere als Kindesliebe, eine Liebe, die wie der betörend lösende Frühlingsabend um sein Herz strich, wenn Dämmrung sich über Blumenknospen legt, die Nachtigall anschlüß, die Mondsilber zu glänzen beginnt. Zuweilen war's ihm wohl, als erblickte er inmitten der Frühlingssprache das sonnengebräunte Kindergezicht jener Komen „Dorthea“, die sich Nuzel nannte. Aber das war, wie wenn das Nechglücken des Chorknaben sich in den Klang der Glocke vom Turm mischte.

Draußen an der Peripherie der Stadt lag der große Lagerplatz eines Expeditionshaus, dessen alleiniger Inhaber Traugotts Vater war. Nicht weit ob davon, am Ausgang der vornehmsten Straße des Städtchens, hatte der reiche Mann sich eine Villa aufbauen lassen.

Durch ein schön geschmiedetes Tor gelangte man in einen Garten mit weiten Rasenflächen und Blumenbeeten. Das Haus lag in der Tiefe verborgen vor Neugier und Värm. Blaugelbe Blumenranden betrankten die Front. Die Masse von Blüten floß wie eine Silbergrane Prachtdede in tiefen Falten vom First bis auf den Sockel. Auf der Terrasse wühte es brennend rot; ein leuchtender Gürtel auf der bei jedem Winde in Wellen rieselnden Herkelschiff. Und war man über die jüdische Wendeltreppe in der Tiefe des Hauses auf's Dach gelangt, so trat der Fuß auf einen sorgsam gepflegten Teppich von Moos. Aus klaren Erdkräften sprach bunte Schönheit so reich, als wäre das Haus Altar der Göttin alles Blühenden. In der Mitte des Dachgartens war ein rundes Oberlicht in den Moosboden eingelassen. Das glänzte bei Sonnenschein, als wäre es der Spiegel eines Sees. Abends, wenn im darunter liegenden Raume Frau Edwignes Lampe leuchtete, glühte der See, als gösse der Himmel sein Sonnenblut hinein.

(Fortsetzung folgt.)

zungen der Bankangestellten, sondern auch jene der übrigen Gewerkschaften erfüllen.

**Zur Frage der Kollektivverträge**

**Kollektivverträge**

sprach die Kollegen Andrei, König und Koell. Alle Redner wiesen auf die Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens mit den anderen Gewerkschaften hin. Die Befestigung der Bankfeiertage, die Ueberstundenfrage sind nichts anderes als der Ausdruck des schon lange vorbereiteten Kampfes des Kapitalismus gegen den Arbeiterstand. Vor allem wurde die Beschleunigung des Pensionsversicherungsgegesetzes verlangt, weil sich die Bankdirektoren immer wieder der Ausrede bedienen, sie könnten sonst nicht den Forderungen der Angestellten gerecht werden. Zwar hat der vertragslose Zustand keine Nachteile für den Verband gebracht, es muß aber doch mit aller Gewalt um neue Kollektivverträge gerungen werden.

In der nachfolgenden Neuwahl wurde Koll. Gottlieb Meiler zum Präsidenten des Verbandes gewählt. Dem abtretenden Dömann Gen. Dr. Freund, sowie dem Koll. Fischer sprach der Verbandstag für die geleisteten Dienste seinen Dank aus.

**Dr. Kramar spricht.**

Gestern sprach im Prager Lucerna-Saal der einzige Gentleman der Republik, wie die Faschisten ihr Väterchen Kramar zu nennen pflegen, über die „politische Lage“. Hatte sich doch in der letzten Zeit genug ereignet, um neues Wasser für die nationaldemokratischen Mühlen (des Müllers) zu liefern.

Da ist einmal der Eintritt der Deutschen in die Regierung. Herr Dr. Kramar hat nie etwas dagegen gehabt — aber dieser Eintritt hätte sich vollziehen müssen bei einer festgesetzten tschechischen Majorität im Parlament. Der nationale Charakter des Staates müsse erhalten bleiben. Koch kann er sich eine deutsch-tschechische bürgerliche Regierung vorstellen, nie aber eine tschechisch-deutsche Sozialistenregierung. Gefährlich sei es von Schularautonomie zu sprechen und vielleichte Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können. Deutsche Minister hört! Eine solche Autonomie, wie sie sich die Deutschen vorstellen, können wir ihnen einfach nicht geben.

Dann kommt Dr. Kramar auf die Aenderungen zu sprechen, die am 28. Oktober im Diplomatencorps gefallen sind. Er ist damit gar nicht zufrieden. Man hat gelobt; aber man hat vergessen, der fünf Koalitionsparteien, Dr. Masina und der Pösta zu gedenken. Ausgerechnet jenes System, dessen Unmöglichkeit sich offenbart hat, das Bankrot erlitten hat! Für ihn in diese allnationale Koalition aber das Höchste. Er nennt es Liebe zur Nation, spricht von Einheit. Wir kennen diese Einheitsfrontler. Natürlich Herr Dr. Kramar ist für eine Koalition mit der jetzigen Regierung und sein Motto ist: „Alles für den Staat“, was so viel heißt als: Alles für unsere Taschen!

Was mit dem Klassenhaß, laßt uns wieder ein Boll von Brüdern sein, so lang die Rede Dr. Kramar aus. Die Spionagegeschichte hat er nur kurz berührt; er darf doch nicht den Faszination in die Tagesordnung ihrer Freitagsversammlung pflanzen. Krenetischer Völschl sollte dem „Präsidenten Kramar“, wie man ihn zurief, entgegen. Man grüße mit dem Faszistengruß.

Wie italienmäßig es bei uns schon aussieht, zeigte ein Zwischenfall. Beim Verlassen des Saales trat jemand auf ein gewöhnliches Kapsel. Man stürzte wie wild auf den ersten besten zu und nur mit Mühe konnte er vor Prügel beschützt werden.

**Weitere Beiträge zur Koburg-Affäre.**

**Stranßky legt seine Enthüllungen fort.**

Prag, 15. November. In den gestrigen „Sibove Noviny“ legt Jaroslav Stranßky seine Enthüllungen über die Koburg-Affäre fort. Er schildert zunächst das Eingreifen des früheren Sekretärs der Pösta Simel, der zu einer Zeit, wo man schon dachte, daß infolge der fehlerhaften Stillierung die Ver Curill nichts helfen könne, bei dem Pöschburger Richter, vor dem der Koburgsche Erbschaftsprozeß verhandelt wurde, intervenierte und ihm anfündigte, daß eine Durchführungsverordnung herausgegeben werden würde, welche die fehlerhafte Stillierung des Gesehestertes wieder gut machen sollte. Stranßky glaubt allerdings nicht, daß Simel von der Pösta in diesem Eingreifen ermutigt wurde. Wer sich in diese Durchführungsverordnung alles hineinmischte, konnte man heute noch im Justizministerium von dem Sektionschef Hartmann und Spira erfahren.

Stranßky stellt weiter fest, daß vor dem Justiztraktat des neuen Pöschburgergesetzes am 15. November 1924 überhaupt keine Aufsicht bestand, daß Gavil Koburg den Prozeß gewinnen könne. Auffallend sei es daher, daß vor diesem Termin die Prozeduren hauptsächlich im Justizministerium stunden blieben, „wo sie fester pilzen Lieben als selbst damalige Minister“. Erst am 13. November 1924 stellte sie das Justizministerium dem Pöschburger Gericht zu. Es wäre also immer noch ein Tag zur Frassung des Ueberabebeschlusses Zeit gewesen. Doch erkrankte gerade an diesem Tage der betreffende Referent, Tafelrichter Rumborsky, so daß der Senat, abgesehen das Referat konzipiert war, für den 14. November keinen Referenten hatte und so die Frist verfiel.

Stranßky verlangt ferner von dem früheren Justizminister Dolanßky eine Aufklärung über seine Beziehungen zu Eisler und beschäftigt sich mit der Antwort Hoddas, wobei er feststellt, daß Hodda darin nicht auf die konkrete Beschuldigung antwortete, er habe von Dr. Eisler eine Ehrenentlassung unter Umständen angenommen, unter denen er sie nicht hätte annehmen dürfen. Nicht jede Kritik an Hodda müsse eine Ehrenbeleidigung beinhalten; doch werde sich Stranßky mit Rücksicht auf die Aufforderung Hoddas, ihm Gelegenheit zu einer Klage zu geben, bemühen, seine Kritik an Hoddas Tätigkeit so zu schreiben, daß ihn Hodda klagen könne.

**Sozialdemokratischer Wahlerfolg bei der Gemeindevwahl in Litvitz (Bezirk Duz).** Die Gemeindevwahl von Litvitz war durch die unfruchtbare Arbeit der tschechischen Parteien und der Deutschnationalen arbeitsunfähig und wurde daher aufgelöst. Bei der am Sonntag, den 14. November stattgefundenen Wahl erlangten unsere Genossen einen schönen Erfolg. Die in Klammern angeführten Zahlen zeigen das Verhältnis zur Gemeindevwahl vom Jahre 1923. Von den abgewählten 1078 Stimmen waren sechs ungültig und 1609 gültig. Davon erhielt unsere Partei 163 Stimmen und vier Mandate (120 Stimmen und drei Mandate); Deutsche Wahlgemeinschaft 216 Stimmen und fünf Mandate (233—6); Kf. Sozialdemokraten 12 Stimmen und 1 Mandat (44—1); Kf. Nationalsozialisten 334 Stimmen und 7 Mandate (249—6); Kommunisten 314 Stimmen und 7 Mandate (319—8). Die Wahlgemeinschaft und die Kommunisten verlieren je ein Mandat. Unsere Partei und die tschechischen Nationalsozialisten gewinnen je ein Mandat. Seit dem Jahre 1923 vollzieht sich die Stimmzunahme der Partei folgendermaßen: Bei der Gemeindevwahl 1923 erhielten wir 120 Stimmen, die Deutschnationalen 21 und am 14. November wir 163 Stimmen und die Deutschnationalen 216 Stimmen. Die Partei hat also von den Deutschnationalen nicht nur Stimmen gewonnen, sie hat auch vermocht, den Wählerzuwachs der Deutschen zu erhalten.

**Die Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter.**

**Einmütige Ablehnung der geplanten Gemeindefinanzgelege. — Mächtige Kundgebung gegen die Erwürgung der Gemeindeautonomie. — Für ein gutes Bauförderungsgele.**

**Bodenbach, am 15. November 1924.**

In Anwesenheit von 280 Delegierten aus den deutschen Gebieten der Tschechoslowakischen Republik fand gestern in der Volkshalle in Bodenbach die Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter statt. Sowohl die Referate als auch die Debatte legten Zeugnis von der tiefen Sachkenntnis der Redner ab und waren durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortlichkeit und der Besorgnis um das Wohl der Gemeinden und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung.

Die Konferenz wurde eröffnet vom Genossen Krenser-Teplitz, in das Präsidium traten sich die Genossen Gotthard-Barnsdorf, Löw-Barlsbad und Hlig-Straupen als Vorsitzende. Ferner Dr. Haas-Mähr-Osttau, Abg. Kohn-Hallenau und Marie-Jodl-Troppau als Schriftführer. Die Autragskommission bildeten die Genossen Bözl-Aussig, Grund-Tschirn, Dr. Heller-Teplitz, Laub-Brünn, Sergeth-Teplitz.

Nach Genehmigung der Tagesordnung und der üblichen Geschäftsordnung spricht als erster Redner

**Genosse Bözl**

**Aussig, über die geplante**

**„Regelung der Finanzgebarung der Selbstverwaltungsorgane“.**

Er führt unter anderem aus:

Den Gemeinden und Bezirken obliegen hohe Aufgaben auf dem Gebiete der Fürsorge und der Verwaltung und daher interessiert es uns, wie die Geldmittel aufzubringen sind, die zur Lösung dieser Aufgaben zur Verfügung stehen. Seit dem Jahre 1918 hat sich jede Regierung einmal damit beschäftigt, die Finanzen der Selbstverwaltungsverbände zu regeln und jede Regierung hat ein Provisorium geschaffen. Eine endgültige Regelung der Finanzwirtschaft ist aber nicht erfolgt. Heute müssen wir feststellen, daß die Bemühungen aller Regierungen, die Selbstverwaltungsorgane aus der Geldnot herauszubringen, gescheitert sind.

Die geschaffenen Gesetze haben nicht bewirkt, den Gemeinden jene Mittel zu geben, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Dafür aber ist ein jedes Gele ein Angriff auf die Autonomie der Selbstverwaltungsorgane.

Immer wieder war es zu vernehmen, daß der Einfluß, den die Regierung auf die Finanzwirtschaft der Gemeinden und Bezirke genommen hat, auf eine unerträgliche Bevormundung hinausläuft. Der § 20 des Gesetzes vom 7. Februar 1919 ist der erste Anschlag auf die Selbstständigkeit der Gemeinden gewesen. Wenn dieser Paragraph nicht durchgeführt wurde, ist das keineswegs der besseren Einsicht der Regierung zuzuschreiben. Das erste Gele, das geschaffen wurde, hat keinerlei Entlastung für die Gemeinden gebracht, obwohl der Herr Finanzminister Englis das Gegenteil behauptet. Die große Belastung ist geblieben, geblieben ist auch der Sachaufwand für die Schulen und man hat noch etwas Neues dazu gebracht, indem man die Gemeinden verpflichtet, auch den Sachaufwand für die staatlichen Winterberthschulen zu tragen. Es wurde zwar eine Entschädigung in Aussicht gestellt, aber wie diese Entschädigung aussieht, davon wissen viele Gemeinden ein trauriges Lied zu singen. Auch im Hinblick auf die Polizei und die sanitären Aufgaben der Gemeinden ist keine Entlastung eingetreten. Man hat sogar mit der Verstaatlichung begonnen, aber die Verstaatlichung bildet nichts anderes als den Versuch einer Zentralisation und die Gründe hierfür sind hinsichtlich bekannt.

Indessen sind die Aufgaben der Gemeinden gewachsen. Es wird von ihnen ein Marktpolizei verlangt. Sie sollen Entschädigungen für Wirtshäuser leisten. Das Armen- und Fürsorgewesen behaft einer durchgreifenden Reform. Ueberall erhöhte Ausgaben, für die die Mittel fehlen. Einen offenen Skandal bilden jene Obliegenheiten, die den Gemeinden im übertragenen Wirkungsbereich zukommen. Es ist kein Gele erschienen, in welchem nicht die Bestimmung enthalten wäre, daß die Gemeinde zur Durch-

führung staatlicher Funktionen verpflichtet wird, ohne daß ihr hierfür eine Entschädigung zuerkannt wird. In den kleineren Gemeinden besonders verpirrt viele Dinge der Vorsteher am allerhärtesten. Unwünschlich wird er ein- oder mehreremal von den Behörden vorgeladen und wenn er in Lohnarbeit steht, verläßt er Lohn und Arbeit und niemand fragt ihn, ob er eine Entschädigung beansprucht. So sind tatsächlich

**die Gemeinden zum Hütel der politischen Behörden geworden**

und kommen fast nicht mehr in die Lage, ihre eigensten Aufgaben zu erfüllen.

Das Gele vom 12. August 1921 betreffend die übergangsweise Regelung der Gemeindefinanzen trägt gleichfalls die Tendenz, die Autonomie der Gemeinden einzuschränken, ohne ihr die Mittel zu geben, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Gele vom Jahre 1923 bringt eine weitere Einschränkung. Im Rotenbericht zu diesem Gele ist davon die Rede, daß die Gemeinden überreile Ausgaben gemacht hätten. Man vermeint in diesem Gele auf die hohen Umlagen, spricht vom Sparen, meint jedoch mit seinem Wort die Ursachen an. Die wahren Ursachen aber liegen darin, daß eine 7. bis 8fache Gelderentwertung eingetreten ist, ohne daß die Umlagebasis verändert wurde. Die Gemeinden müßten also, um nur im alten Rahmen wirtschaften zu können, sechs- bis achtfache Einnahmen haben. Da aber auch die Anforderungen an die Gemeinden gestiegen sind, ferner frühere Verhältnisse in der Armenpflege, im Fürsorgewesen, in sanitärer Hinsicht usw. gützumachen sind, müssen doch billiger Weise auch die Mittel angebracht werden. Das alles brachte erhöhte Ausgaben und damit auch natürlich hohe Abgänge.

Auf sozialpolitischem Gebiet aber ist noch immer viel zu wenig geschehen. Es geht einfach nicht an, aus Angst vor den hohen Umlagen den Parteien im alten Gele weiter zu führen und zu glauben, damit eine Legitimation vor den Wählern zu besitzen.

Genosse Bözl bespricht des längeren die verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen, die durchwegs ohne eine Besserung der Gemeindefinanzen herbeizuführen, die Autonomie der Selbstverwaltungsverbände immer mehr einschränken. Sodann kommt der Redner auf den neuen Entwurf zu sprechen und führt aus:

Der neue Entwurf ist das Höchste, was man auf dem Gebiete der Drosselung der Gemeindeautonomie bisher geleistet hat. Nur mit Entrüstung kann man über die darin enthaltenen Bestimmungen sprechen.

Der Entwurf sieht eine Höchstgrenze der Umlagen, die Kontrolle der Gemeinden durch die staatlichen Behörden, Sparsvorschriften aller Art vor, daneben einen Angriff auf die Existenz der Gemeindebeamten und Angestellten, die in ein Vertragsverhältnis versetzt werden sollen. Das Empörende dabei ist, daß der Entwurf ausgearbeitet wurde, ohne daß die Selbstverwaltungsverbände um ihre Meinung gefragt wurden. Insofern Aussprachen über den Entwurf erfolgten, mußten sie von den Interessentenverbänden selber angefordert werden.

Nach Zeitungsbereichten soll die Höchstgrenze der Umlagen 610 Prozent betragen, von denen den Gemeinden 270 Prozent, der Rest dem Lande und den Bezirken zugewiesen werden sollen. Wie die Dinge heute liegen, müssen wir annehmen, daß sich der Finanzminister mit den Regierungsparteien nicht haben wird, diesen Entwurf nicht nur dem Hause vorzulegen, sondern auch zum Gele zu erheben. Nach seinen Aenderungen ist er entschlossen, die Gemeinden unter strengster Aufsicht zu stellen und die Einkufnahme der staatlichen Behörden auf die Voranschläge zu erweitern. Das bedeutet zunächst einen

**Generalangriff auf die Autonomie der Gemeinden.**

für uns bedeutet dies aber einen

**konzentrierten Angriff gegen den Einfluß der Sozialdemokraten**

in den Selbstverwaltungsverbänden. Da man unseren Einfluß in den Wahlgeleichen nicht beschneiden kann, soll dies durch die Einschränkung der Gemeinde-

autonomie geschehen. Durch die Bescheidung der Gemeindeautonomie soll den Vertretern der Klassenbewußten Arbeiterschaft die Lust an der Mitarbeit in den Gemeinden verleidet werden. Das ist die Grundtendenz des Gesezentwurfes und dagegen haben wir uns mit aller Kraft zu wehren.

Im Rotenbericht wird ja auch ausgeführt, man müsse die Gemeinden zum Sparen zwingen, da wir nicht zu sparen zwingen. Die Erweiserung des Ausschusses der staatlichen Behörde aber ist noch ärger, als die Begrenzung der Umlagen. Die Behörde kann die Arbeit in den Gemeinden überhaupt lahmlegen. Sie kann die Aufnahme von Darlehen ohne jede Begründung verhindern und so die Entwicklung der Gemeinden unmöglich machen. Sie kann Beiträge streichen und einsehen, wenn sie es will, und wenn sich die Gemeinde dagegen wehrt, so kann die Aufsichtsbehörde selber den Voranschlag anstellen und ihn der Gemeinde anzuweisen. Es ist unerhört, was in diesem Entwurf enthalten ist und es ist unmöglich, wenn er Gese wird, in den Gemeinden zu arbeiten.

Genosse Bözl bringt sodann ein reiches Ziffernmaterial über die Höhe der Umlagen und stellt fest, daß es kaum eine Gemeinde gibt, die weniger als 300 Prozent Umlagen einhebt. Man sieht der neue Entwurf vor, daß der Abgang des Schulvoranschlags in den ordentlichen Voranschlag eingestellt und beibehalten muß. Da in vielen kleinen Gemeinden der Schulvoranschlag größer ist als der ordentliche, und alle Erwerbseinkünfte der Gemeinden mit den 200 Prozent Umlagen beibehalten werden sollen, werden die Gemeinden nicht wissen, was sie früher schulden bleiben sollen. Viele Gemeinden haben 400, 500 und mehr Prozent Umlagen und keine Möglichkeit, andere Einnahmequellen zu finden. Was diese Gemeinden machen sollen, wenn ihnen 200 bis 300 Prozent der Umlagen gestrichen werden, darüber scheint sich der Finanzminister kein Kopfschütteln gemacht zu haben. Tatsache ist, daß, wenn dieser Entwurf Gese wird, die meisten Gemeinden nicht imstande sein werden, ihren Verwaltungsapparat zu erhalten, geschweige denn ihre sozialen und sonstigen Aufgaben zu erfüllen.

Ein besonderes Kapitel bildet der sogenannte Dotierungsfonds. Aus diesem Fonds sollen alle Gemeinden gespeist werden, die mit den 200 bzw. 270 Prozent Umlagen des Auslasses nicht finden. Nach einer Statistik beträgt heute schon der unbedeckte Abgang aller Gemeinden rund 600 Millionen Kronen. Der Dotierungsfonds soll 150 Millionen betragen. Es fehlen also 450 Millionen Kronen, um die Abgänge zu decken. Wie die Verteilung des Dotierungsfonds geschehen soll, ist eine offene Frage, und es ist uns allen klar, daß für die deutschen Gemeinden wenig oder gar nichts ausfallen wird. Dabei soll die Verteilung keineswegs auf Grund eines gesetzlichen Rechtes und nach keinem gesetzlichen Schlüssel erfolgen, sondern dem freien Ermessen des Landes anheim gestellt werden. Da außerdem auch die Steuergrundlage gedrosselt werden soll, haben wir alle Ursache zu den schwersten Befürchtungen.

Wir lehnen diesen Entwurf mit aller Entschiedenheit ab und fordern zum schärfsten Kampf gegen ihn auf. Eine Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden ist nur möglich, wenn die Gemeinden das Recht haben, den Bedarf an Mitteln durch Einhebung selbständiger Steuern zu sichern und ausreichende Ueberweisungen staatlicher Steuern an die Gemeinden erlangen.

Von den Bürgerlichen dürfen wir einen ersten Abwehrkampf nicht erwarten. Sie alle sind froh, wenn der Staat die Gemeinden durch ein Gele zwingt, die soziale Fürsorge und andere für die arbeitende Bevölkerung notwendige Bedürfnisse einzuschränken. Wir sind auf die eigene Kraft gestellt und haben den Kampf zu führen gegen den Anschlag auf die Autonomie der Gemeinden, wir haben zu kämpfen für eine gesunde Finanzpolitik, die die Voraussetzung dafür ist, daß die Gemeinden nicht nur das Bestehende erhalten, sondern auch Neues schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Bözl bittet dann, die der Konferenz vorgelegte Resolution zum Beschluß zu erheben.

Als zweiter Redner spricht dann über „Die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge“

**Landesausführender Genosse Grund:**

Nach einem Bericht des Finanzministeriums wurden im ganzen Gebiete des Staates mit staatlicher Unterstützung für rund 300.000 Menschen Wohnungen gebaut. Zu den Kosten im Betrage von 4.644.000.000 wurden 820 Millionen von privaten Bauherren aufgebracht. Das hört sich schon an, aber wenn man die Dinge mit dem Bauprogramm der Stadt Wien in einen Vergleich bringt, sieht man erst, wie armfelig die staatliche Bauförderung bei uns aussieht. Das arme Wien, der Wasserfuß, wie es öfter genannt wurde, hat mit seinen 1.800.000 Einwohnern in derselben Zeit für 120.000 Menschen Wohnungen geschaffen, also beinahe die Hälfte so viel, als bei uns im ganzen Staate, nicht etwa vom Staate geschaffen, sondern deren Bau nur unterstützt worden ist. In dem Verhältnis von Wien gemessen, müßten also bei uns wenigstens für 1 Million Menschen Wohnungen gebaut werden. Aber es ist noch ein anderer Unterschied. Während in Wien von der Gesamtheit für die Allgemeinheit gebaut wird, ist der Wohnungsbau bei uns der Privatwirtschaft überantwortet. Dazu kommt aber noch, daß die Verteilung der für die Bauförderung bestimmten Mittel von nationalsozialistischen Gesichtspunkten aus erfolgt und die deutschen Gebiete stark vernachlässigt wurden. Die Bauförderung und die Wohnungsfürsorge bei uns leiden aber außerdem noch an dem schweren Mangel, daß alle darauf bezughabenden Gele nur Privatsachen sind. Seit dem Jahre 1924 ist die soz.

### Beginn des Antikerprozesses.

Berlin, 15. November. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, begann heute der Prozeß gegen den Antiker sowie die früheren Direktoren der Preussischen Staatsbank Finanzrat a. D. Dr. Rabe und Oberfinanzrat Hellwig wegen Vergehen gegen die Kapitalflucht und Devisenregulierung. Da der anwesende Charitge-Arzt Antiker für völlig verhandlungsfähig erklärt wurde in die Verhandlung eingetreten. Sowohl Antiker wie Dr. Rabe und Hellwig bestritten, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Abgesehen von der Vorladung mit dem Bankhoyerständigen Estles die bank- und devisenrechtliche Grundlage des Prozesses zu klären.

liche Bauunterstützung überhaupt eingestellt und verursachte schwere physische und moralische Schädigungen der Wohnungssuchenden Bevölkerung.

Genosse Grund zitiert sodann Berichte aus der sozialdemokratischen Presse über die Wohnungsverhältnisse in Italien und Elbogen und kommt dann auf den Entwurf des neuen Bauverordnungs-Gesetzes zu sprechen. Von dem Entwurf sagt er, daß er seinen Zweck nicht erfüllen wird, weil die vorgeschlagenen Mittel nicht ausreichen und weil durch den allmählichen Abbau des Staatsbeitrages und des Mieterschutzes auch die Mietzin in den alten Häusern jenen in den neu erbauten angeschlossen werden.

Die private Wirtschaft hat schon vor dem Kriege das Minimum an verfügbaren Wohnungen nicht erreicht. Das Minimum ist das Mindestmaß an Wohnmöglichkeit, die es den Menschen gestattet, ohne Schaden an Moral und Gesundheit zu wohnen. Eine Lebensverantwortung an die private Wirtschaft muß unweigerlich zu den Kriegsverhältnissen zurückführen, das heißt, zu neuem Wohnungselend, die Wohnungen werden zu wenig, zu teuer und zu klein sein. Schon vor dem Kriege haben wir die Erfahrung gemacht, daß die kleinsten Wohnungen auch die teuersten sind, aber zugleich auch die gesundheitschädlichsten. Durch die Beschränkung der Menschen, durch den Krieg, durch die niedrigen Löhne ist das Wohnungsniveau gesunken. Die Arbeiter sind gezwungen, kleine Wohnungen und schlechte Wohnungen zu mieten, weil sie höhere und gute nicht bezahlen können. Das führt zu einer Erhöhung der Gefahren an der Moral, an der Gesundheit, zu einer Erhöhung des Alkoholismus und muß der gesamten Volkswirtschaft schwere Belastungen bringen. Der Gesetzentwurf sieht aber die Lebensverantwortung des gesamten Wohnungswesens an die private Wirtschaft in längstens 7 Jahren vor.

Wie sollen uns die Mittel zu dieser sogenannten staatlichen Bauförderung angeschlossen werden? Es soll ein Baubetrag von allen jenen Häusern oder von deren Teilen eingeschoben werden, die unter dem Mieterschutz stehen. Befreit davon sind hingegen alle Hauskassenbesitzer, Hausbesitzer. Das ist nichts anderes als ein Geschenk an die Agrarier.

Der Baubetrag kann aber auch auf die Mieter übertragen werden, und zwar zur Gänze. Für die Wohnung, die der Hausbesitzer bewohnt, wird nur die Hälfte dessen vorgeschrieben, was der Mieter für eine gleichartige Wohnung zu zahlen hat. Der Baubetrag ist gestaffelt und beträgt 1927 30 Prozent des Grundwertes von 1914, und erhöht sich durch sieben Jahre allmählich um weitere 50 Prozent, bis zum Höchstmaß von 100, so daß also die Leistungen der Mieter nach sieben Jahren in den alten Häusern mindestens das Sechsfache des ursprünglichen Mietzinses betragen werden. Der Baubetrag wird nicht eingeschoben in jenen Gemeinden, die freiwillig auf den Mieterschutz in ihrem Gemeindegebiet verzichten. Damit ist in allen Gemeinden, die von einer bürgerlichen Mehrheit verwaltet werden, der Mieterschutz erloschen. Auch bei diesem Gesetz ist die starke Zentralisation in die Augen. Der ganze Betrag fließt in die Kassen des staatlichen Baufonds 2 Prozent erhält allerdings die Finanzverwaltung für ihre einmalige Amtshandlung in sieben Jahren. Der Betrag wird auf 2.800.000.000 K geschätzt. Der Baubetrag ist nichts anderes als

### eine schlecht veranschlagte Mietzinserhöhung.

und der Betrag von 2.800.000.000 K ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Um das praktisch darzustellen: Eine Stadt mit 20.000 Einwohnern wird bei einer gleichmäßigen Verteilung dieses Betrages in die Lage versetzt, in sieben Jahren ein Haus für 15 Familien — nicht Parteien, zu bauen. Das auch in diesem Gesetz nationalistische Tendenzen enthalten sind, ist ganz klar.

Zudem wegen der Unvergleichlichkeit und auch deshalb, weil die Mieter ausschließlich die Lasten tragen sollen, lehnen wir diesen Entwurf gänzlich ab. Ein Staat, der alljährlich 2 Milliarden für den Militarismus und weitere Millionen für eine unilluminäre Auslandspropaganda vergeudet, hat keine Entschuldigung dafür, daß er so wenig für den Wohnungsbau übrig hat.

Der zweite Abschnitt des Entwurfes enthält dann Schwammungen über die Baubewegung. Da finden wir wieder, daß der Bau von Mietwohnungen durch gefördert wird. Auf die Gefahr solcher Wohnungen wurde bereits hingewiesen.

Genosse Grund vertritt dann ausführlich die Art, in der die Beitragsleistungen erfolgen sollen. Er kritisiert stark den Mangel, daß auch hinsichtlich der Ertragung eines staatlichen Baubetrages ein rechtlicher Anspruch nicht besteht und daß die Verwaltung des Wohnungsbaufonds der Willkür des Staates unterliegt. Währen der Strom der Gelder fließen wird, können wir uns noch offen gemachten Erfahrungen verschließen. Schlußwort kritisiert er weiter, daß in dem Gesetz Lohnschlichtergerichte vorge-

sehen sind, die Streitigkeiten zwischen den Bauarbeitern und dem Bauausführenden regeln sollen, daß aber eine Bestimmung über die Beschaffung billigen Baumaterials vollständig fehlt. Es heißt nur, daß eine Vereinbarung über eine künstliche Preissteigerung von Baumaterialien verboten ist. Auch die Steuerfreiheit, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, beschränkt und nicht, da sie sich auf eine viel zu kurze Frist erstreckt.

Auf den Mieterschutz übergehend verweist Genosse Grund darauf, daß dieser am 1. Januar 1930 eine starke Einschränkung erfährt, die Mündigungsgründe werden verworfen, der Hausbesitzer braucht überhaupt keinen Grund anzugeben, es genügt schon die Beistellung einer vom Gericht als „angemessen“ befundenen Erziehung. Die in dem Entwurf weiter vorgesehene Vertragsfreiheit bei der Vermietung von Wohnungen und die Möglichkeit des Verzichtes der Ueberprüfung der Mietzins durch das Gericht machen den ganzen Mieterschutz illusorisch. Einen Gewinn von diesem Gesetz hätten nur die Hausbesitzer. Für sie gewinnen ihre Objekte nach sieben Jahren den vollen Vorkriegswert, während die Später und Einleger auf eine Aufwertung ihrer Ersparnisse warten können. Die Mieter aber werden den sechs bis siebenfachen Mietzins tragen müssen.

Wenn erzwungen wird, daß der Entwurf kein anderes Ziel hat, als den Vorkriegszustand herzustellen, wenn wir die Unzulänglichkeit des Entwurfes erkennen, bleibt für uns keine andere Wahl, als ihn in seiner Gänze abzulehnen und auf das Schärfste zu bekämpfen. (Starker Beifall.)

### Die Debatte.

Genosse Dr. Ungar-Auffig, führt aus: Wenn der Entwurf Gesetz wird, wird damit jeder Korruption Tür und Tor geöffnet und die Möglichkeit der vollständigen Unterdrückung der von den Sozialdemokraten und Kommunisten verwalteten Gemeinden angebahnt. Er fordert zum leidenschaftlichen Protest aller Arbeiter gegen diesen Entwurf auf und betont, daß unser Abwehrkampf gegen die geplante Vernichtung der Gemeindeautonomie nicht nur gegen die geplante Vernichtung der Gemeindeautonomie, nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die bürgerlichen Parteien zu führen ist, von denen er eine Abwehr des Entwurfes nicht erwartet.

Genosse Dittler-Römmeler spricht über die mangelhafte Ueberweisung der Umlagen und wünscht, daß die Resolution in dieser Hinsicht ergänzt werde in dem Sinne, daß die Gemeinden wieder in die Lage versetzt werden, so wie bis zum Jahre 1921 die Umlagen selber einzubehalten.

Genosse Baumgartl sagt, der Entwurf sollte heißen: Gesetz zur Herbeiführung chaotischer Zustände in den Gemeinden. Die Vorwürfe, die den Gemeinden in dem Entwurf gemacht werden, treffen die staatlichen Organe, die nicht fähig sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Bis heute war es nicht möglich, eine genaue Bemessungsgrundlage zu ermitteln. Was der Staat verschuldet hat, sollen die Gemeinden büßen. Wir müssen uns mit aller Kraft gegen den Gesetzentwurf wenden.

Genosse Pflüger-Karlstedt kritisiert eingehend die Bestimmungen über den Dotierungsfond und die unermessliche Schädigung der Beamten, die bei Inkrafttreten des Gesetzes eintreten muß.

Genosse Erdoblas-Reichenberg gibt der Befürchtung Ausdruck, daß bei Gesetzgebung des Entwurfes eine Flucht der Untereinheiten aus diesen Gemeinden erfolgen werde. Dies müßte für viele zu einer Katastrophe werden. Als Beispiel führt er einen Ort in der Nähe von Reichenberg an. Dort haben nicht weniger als sechs Betriebe ihren Sitz nach Prag verlegt. Damit sind der Gemeinde die Einnahmen verloren gegangen und stehen der Stadt Prag zu. Die kleine Gemeinde aber soll nach wie vor ihre Aufgaben erfüllen. Was dieser Gemeinde heute an Mitteln zur Verfügung steht, reicht nicht einmal aus zur Erhaltung der Straßen. Wo aber bleibt in dem Kampf gegen den Entwurf das deutsche Bürgertum. Es ist nicht nur so, daß wir von ihm nichts zu erwarten haben, dieses Bürgertum leidet der tschechischen Regierung direkt Vorspanndienste. Bei Aufstellung der Voranschläge verweisen die Vertreter des deutschen Bürgertums heute schon auf das erst zu erwartende Gesetz. Genossen für wie dumm halten Sie denn das tschechische Bürgertum, wenn Sie von ihm erwarten, daß es den Entwurf nicht durchzuführen werde, wenn die Deutschbürgerlichen schon 6 Monate vor dem geplanten Inkrafttreten des Gesetzes darauf Rücksicht nehmen? Er spricht sich schließlich für ein Zusammengehen mit den tschechischen Sozialdemokraten aus und verlangt, daß von Parteivorstand billige Broschüren an die Gemeindefunktionäre herausgegeben werden.

Genosse Schloffer-Trautmann, wünscht die Erziehung von Bekanntheitsstellen in kommunalen Angelegenheiten und spricht sich für die Bildung von Zweckverbänden aus.

Genosse Heins-Göckel sagt: Der morgige Tag (15. November) sollte für die Arbeiter ein Trauertag sein, denn es ist die erste Wiederkehr des Tages, an dem die deutsch-tschechisch-bürgerliche Majorität ins Parlament gewählt wurde, der dieser Gesetzentwurf zu danken ist. Auch er fordert zum energischen Abwehrkampf auf.

Die Genossen Böhl und Grund beantragen in ihren Schlussworten einige Änderungen im Text der Resolutionen. Genosse Böhl empfiehlt auch die Annahme eines Zusatzes der Genossen Sacher, Ungar und Genossen zur Resolution über

die Finanzwirtschaft, außerdem einen Antrag des Genossen Bergerb-Teplitz.

Alle Resolutionen werden einstimmig angenommen und lauten:

### Resolutionsantrag

des Genossen Böhl zu Punkt eins der Tagesordnung. (Mit dem Zusatz der Genossen Sacher, Ungar und Genossen.)

Die am Sonntag, den 14. November 1926, in Bodenbach tagende Konferenz der deutschen sozialdemokratischen Vertreter der Gemeinden und Bezirke erklärt, daß der Entwurf eines Gesetzes, womit einige Bestimmungen über die Finanzverwaltung der territorialen Selbstverwaltungskörper neu geregelt werden sollen, für unannehmbar. Die Konferenz fordert, daß unsere parlamentarischen Vertreter diese Vorlage mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden.

Der in Verhandlung stehende ministerielle Entwurf bringt keine Regelung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper, und schon gar nicht eine Gesundung der Gemeindefinanzen, sondern eine Beseitigung des letzten Restes der Autonomie. Lediglich Würdigung der wahren Ursachen der Finanznot vieler Gemeinden und Bezirke benügen autonome Selbstverwaltungskörper gezwungen sind, höhere Umlagen einzubehalten, als Vormand, um die Selbstverwaltung überhaupt aufzuheben. Eine derartige, eines freien Staates und Volkes unwürdige Beschränkung der freien Betätigung in den Ländern, Bezirken und Gemeinden müßte zur Verarmung der öffentlichen Verwaltung in den Selbstverwaltungskörpern führen und eine zentralistische Verwaltungsmethode züchten, die der kulturellen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Entwicklung schweren Schaden bringen würde.

Die Versammelten erklären aber in dem Gesetzentwurf nicht nur einen Angriff auf die Selbstverwaltung und einen Versuch, die Selbstverwaltungskörper unter die Vormachtigkeit der zentralen Staatsgewalt zu bringen, sondern sie erkennen auch ihr mit Beforgnis, daß an dem Entwurf nicht mit der nötigen Sachkenntnis und Sachlichkeit gearbeitet wurde, ja, daß im Motivenbericht Panfucholanschildigungen gegen die Gemeinden wegen mangelnden Sparsinns erhoben wurden, ohne dafür eine Begründung zu erbringen. Sie verurteilen ganz entschieden, daß solche Entwürfe aufgestellt werden, ohne die Selbstverwaltungskörper, bzw. ihre Interessenverbände zu hören.

Entschieden protestieren die Versammelten gegen jene Bestimmungen, welche die Gemeinden zur Einführung neuer und Erhöhung schon bestehender Abgaben, zur größten Einschränkung der Ausgaben für die Armen- und Wohlfahrtspflege, des Sanitäts- und Schulwesens, sowie der kulturellen Einrichtungen und zum Abbau der Angestellten- und Beamtengehälter, zwingen.

Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß eine Gesundung der Geldwirtschaft der Selbstverwaltungskörper innerhalb der heutigen staatlichen Ordnung nur eintreten kann, wenn denselben die freie autonome Entwicklung auch auf dem Gebiete der Steuererhebung voll gewährleistet wird.

Die Bezirksorganisationen der Partei werden aufgefordert, innerhalb der nächsten Zeit in allen größeren Orten der Republik Protestaktionen gegen die Absicht der Regierung, die Autonomie der Gemeinden zu untergraben, zu veranstalten.

### Resolutionsantrag

des Genossen Grund zum zweiten Punkt der Tagesordnung.

Die am Sonntag, den 14. November 1926, in Bodenbach versammelten deutschen sozialdemokratischen Vertreter der Gemeinden und Bezirke sind der Ueberzeugung, daß die Wohnungsnot und das Wohnungsleiden Produkte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind und von dieser nicht endgültig beseitigt werden können.

Eine halbwegs gerechte und zweckmäßige Wohnungsfürsorge erfordert, daß die Gemeinden zu Trägern dieses Zweckes der öffentlichen Fürsorge werden und der Staat durch die Gesetzgebung und Beistellung der notwendigen Mittel energisch eingreift. Der Aufwand, welchen eine durchgreifende Bauförderung erfordert, darf angesichts der durch Wirtschaftskrise und Teuerung erzeugten Notlage der Bevölkerung auf keinen Fall von den minderbemittelten Mietern aufgebracht werden.

Die versammelten Vertreter betrachten es als selbstverständliche Pflicht des Staates und seiner Regierung, ein Wohnungsgezet zu schaffen, welches geeignet ist, die Wohnbautätigkeit entschieden und praktisch zu fördern durch Ermöglichung billiger und ausreichender Kredite und gemeinwirtschaftliche Beschaffung der Baumaterialien, den Wohnungsmarkt durch Schaffung von Wohnungsvermittlung, Wohnungsregien, Verpfichtung zur Errichtung von gemeinlichen Wohnungsämtern und Wohnungsaufhebung, zu beeinflussen. Der vorliegende Entwurf eines neuen Wohnungsgezetes nimmt auf diese Grundforderungen keine Rücksicht. Seine Tendenz liegt im Gegenteil in dem systematischen Abbau des Mieterschutzes und ungenügender staatlicher Bauförderung.

Die Versammelten lehnen aus diesen Gründen den vorliegenden Entwurf mit aller Entschiedenheit ab, rufen die gesamte Öffentlichkeit, besonders aber die Arbeiterklasse zum Kampf gegen denselben auf und beauftragen die parlamentarischen Vertreter der Partei, der Gesetzgebung dieses Entwurfes den schärfsten Widerstand zu leisten.

Die Konferenz protestiert dagegen, daß die Regierung nach dem Ablauf des vollständig ungenügenden, in seiner praktischen Durchführung an der Rot der deutschen Bevölkerung fast achtlos vorüber-

gehenden Bauförderungsgesetzes, seine Maßnahmen auf dem Gebiete der Bauförderung ergriffen hat, und fordert mit allem Nachdruck die schleunigste Beseitigung eines neuen Gesetzentwurfes, der eine gründliche Regelung der Bauförderung, Ausbau des Mieterschutzes, insbesondere Wiedereinführung der Zwangsregien im vollen Umfange und das Recht auf die Anforderung leerstehender oder überzähliger Räume durch die Gemeinden gewährleistet.

### Antrag

des Genossen Bergerb-Teplitz.

Die sozialdemokratischen Vertreter der Bezirke und Gemeinden fordern die schon so oft versprochene und nie durchgeführte Herstellung der Ordnung in der Steuerberechnung und Steuererhebung. Welters fordern sie die Wiederherstellung des Rechtes der Gemeinden auf Vorzeichnung und Einhebung der Umlagen zu den publizistischen Steuern eine für die Selbstverwaltungskörper gerechtere Art der Berechnung und gereiztere Einhebung der Umlagen.

Zum Schluß spricht Genosse Pauli noch über die Ausgestaltung der Gemeindebibliotheken, über die Heranführung von Bibliothekaren und über die praktische Handhabung des Bibliothekwesens. Genosse Senator Löw-Karlstedt dankt dann den Delegierten und Referenten für ihre fleißige Anteilnahme an den Beratungen und schließt dann die Konferenz.

## Rundfunk für Alle!

### Programm für Dienstag.

Prag, 14. 11. Mittagskonzert. 1. Stadt, Schulden, Cuckert, 2. Thoma, 3. Wagners, 4. Gauders, 5. Einmalen, 6. Traga, 7. Gauders, 8. Gauders, 9. Gauders, 10. Gauders, 11. Gauders, 12. Gauders, 13. Gauders, 14. Gauders, 15. Gauders, 16. Gauders, 17. Gauders, 18. Gauders, 19. Gauders, 20. Gauders, 21. Gauders, 22. Gauders, 23. Gauders, 24. Gauders, 25. Gauders, 26. Gauders, 27. Gauders, 28. Gauders, 29. Gauders, 30. Gauders, 31. Gauders, 32. Gauders, 33. Gauders, 34. Gauders, 35. Gauders, 36. Gauders, 37. Gauders, 38. Gauders, 39. Gauders, 40. Gauders, 41. Gauders, 42. Gauders, 43. Gauders, 44. Gauders, 45. Gauders, 46. Gauders, 47. Gauders, 48. Gauders, 49. Gauders, 50. Gauders, 51. Gauders, 52. Gauders, 53. Gauders, 54. Gauders, 55. Gauders, 56. Gauders, 57. Gauders, 58. Gauders, 59. Gauders, 60. Gauders, 61. Gauders, 62. Gauders, 63. Gauders, 64. Gauders, 65. Gauders, 66. Gauders, 67. Gauders, 68. Gauders, 69. Gauders, 70. Gauders, 71. Gauders, 72. Gauders, 73. Gauders, 74. Gauders, 75. Gauders, 76. Gauders, 77. Gauders, 78. Gauders, 79. Gauders, 80. Gauders, 81. Gauders, 82. Gauders, 83. Gauders, 84. Gauders, 85. Gauders, 86. Gauders, 87. Gauders, 88. Gauders, 89. Gauders, 90. Gauders, 91. Gauders, 92. Gauders, 93. Gauders, 94. Gauders, 95. Gauders, 96. Gauders, 97. Gauders, 98. Gauders, 99. Gauders, 100. Gauders, 101. Gauders, 102. Gauders, 103. Gauders, 104. Gauders, 105. Gauders, 106. Gauders, 107. Gauders, 108. Gauders, 109. Gauders, 110. Gauders, 111. Gauders, 112. Gauders, 113. Gauders, 114. Gauders, 115. Gauders, 116. Gauders, 117. Gauders, 118. Gauders, 119. Gauders, 120. Gauders, 121. Gauders, 122. Gauders, 123. Gauders, 124. Gauders, 125. Gauders, 126. Gauders, 127. Gauders, 128. Gauders, 129. Gauders, 130. Gauders, 131. Gauders, 132. Gauders, 133. Gauders, 134. Gauders, 135. Gauders, 136. Gauders, 137. Gauders, 138. Gauders, 139. Gauders, 140. Gauders, 141. Gauders, 142. Gauders, 143. Gauders, 144. Gauders, 145. Gauders, 146. Gauders, 147. Gauders, 148. Gauders, 149. Gauders, 150. Gauders, 151. Gauders, 152. Gauders, 153. Gauders, 154. Gauders, 155. Gauders, 156. Gauders, 157. Gauders, 158. Gauders, 159. Gauders, 160. Gauders, 161. Gauders, 162. Gauders, 163. Gauders, 164. Gauders, 165. Gauders, 166. Gauders, 167. Gauders, 168. Gauders, 169. Gauders, 170. Gauders, 171. Gauders, 172. Gauders, 173. Gauders, 174. Gauders, 175. Gauders, 176. Gauders, 177. Gauders, 178. Gauders, 179. Gauders, 180. Gauders, 181. Gauders, 182. Gauders, 183. Gauders, 184. Gauders, 185. Gauders, 186. Gauders, 187. Gauders, 188. Gauders, 189. Gauders, 190. Gauders, 191. Gauders, 192. Gauders, 193. Gauders, 194. Gauders, 195. Gauders, 196. Gauders, 197. Gauders, 198. Gauders, 199. Gauders, 200. Gauders, 201. Gauders, 202. Gauders, 203. Gauders, 204. Gauders, 205. Gauders, 206. Gauders, 207. Gauders, 208. Gauders, 209. Gauders, 210. Gauders, 211. Gauders, 212. Gauders, 213. Gauders, 214. Gauders, 215. Gauders, 216. Gauders, 217. Gauders, 218. Gauders, 219. Gauders, 220. Gauders, 221. Gauders, 222. Gauders, 223. Gauders, 224. Gauders, 225. Gauders, 226. Gauders, 227. Gauders, 228. Gauders, 229. Gauders, 230. Gauders, 231. Gauders, 232. Gauders, 233. Gauders, 234. Gauders, 235. Gauders, 236. Gauders, 237. Gauders, 238. Gauders, 239. Gauders, 240. Gauders, 241. Gauders, 242. Gauders, 243. Gauders, 244. Gauders, 245. Gauders, 246. Gauders, 247. Gauders, 248. Gauders, 249. Gauders, 250. Gauders, 251. Gauders, 252. Gauders, 253. Gauders, 254. Gauders, 255. Gauders, 256. Gauders, 257. Gauders, 258. Gauders, 259. Gauders, 260. Gauders, 261. Gauders, 262. Gauders, 263. Gauders, 264. Gauders, 265. Gauders, 266. Gauders, 267. Gauders, 268. Gauders, 269. Gauders, 270. Gauders, 271. Gauders, 272. Gauders, 273. Gauders, 274. Gauders, 275. Gauders, 276. Gauders, 277. Gauders, 278. Gauders, 279. Gauders, 280. Gauders, 281. Gauders, 282. Gauders, 283. Gauders, 284. Gauders, 285. Gauders, 286. Gauders, 287. Gauders, 288. Gauders, 289. Gauders, 290. Gauders, 291. Gauders, 292. Gauders, 293. Gauders, 294. Gauders, 295. Gauders, 296. Gauders, 297. Gauders, 298. Gauders, 299. Gauders, 300. Gauders, 301. Gauders, 302. Gauders, 303. Gauders, 304. Gauders, 305. Gauders, 306. Gauders, 307. Gauders, 308. Gauders, 309. Gauders, 310. Gauders, 311. Gauders, 312. Gauders, 313. Gauders, 314. Gauders, 315. Gauders, 316. Gauders, 317. Gauders, 318. Gauders, 319. Gauders, 320. Gauders, 321. Gauders, 322. Gauders, 323. Gauders, 324. Gauders, 325. Gauders, 326. Gauders, 327. Gauders, 328. Gauders, 329. Gauders, 330. Gauders, 331. Gauders, 332. Gauders, 333. Gauders, 334. Gauders, 335. Gauders, 336. Gauders, 337. Gauders, 338. Gauders, 339. Gauders, 340. Gauders, 341. Gauders, 342. Gauders, 343. Gauders, 344. Gauders, 345. Gauders, 346. Gauders, 347. Gauders, 348. Gauders, 349. Gauders, 350. Gauders, 351. Gauders, 352. Gauders, 353. Gauders, 354. Gauders, 355. Gauders, 356. Gauders, 357. Gauders, 358. Gauders, 359. Gauders, 360. Gauders, 361. Gauders, 362. Gauders, 363. Gauders, 364. Gauders, 365. Gauders, 366. Gauders, 367. Gauders, 368. Gauders, 369. Gauders, 370. Gauders, 371. Gauders, 372. Gauders, 373. Gauders, 374. Gauders, 375. Gauders, 376. Gauders, 377. Gauders, 378. Gauders, 379. Gauders, 380. Gauders, 381. Gauders, 382. Gauders, 383. Gauders, 384. Gauders, 385. Gauders, 386. Gauders, 387. Gauders, 388. Gauders, 389. Gauders, 390. Gauders, 391. Gauders, 392. Gauders, 393. Gauders, 394. Gauders, 395. Gauders, 396. Gauders, 397. Gauders, 398. Gauders, 399. Gauders, 400. Gauders, 401. Gauders, 402. Gauders, 403. Gauders, 404. Gauders, 405. Gauders, 406. Gauders, 407. Gauders, 408. Gauders, 409. Gauders, 410. Gauders, 411. Gauders, 412. Gauders, 413. Gauders, 414. Gauders, 415. Gauders, 416. Gauders, 417. Gauders, 418. Gauders, 419. Gauders, 420. Gauders, 421. Gauders, 422. Gauders, 423. Gauders, 424. Gauders, 425. Gauders, 426. Gauders, 427. Gauders, 428. Gauders, 429. Gauders, 430. Gauders, 431. Gauders, 432. Gauders, 433. Gauders, 434. Gauders, 435. Gauders, 436. Gauders, 437. Gauders, 438. Gauders, 439. Gauders, 440. Gauders, 441. Gauders, 442. Gauders, 443. Gauders, 444. Gauders, 445. Gauders, 446. Gauders, 447. Gauders, 448. Gauders, 449. Gauders, 450. Gauders, 451. Gauders, 452. Gauders, 453. Gauders, 454. Gauders, 455. Gauders, 456. Gauders, 457. Gauders, 458. Gauders, 459. Gauders, 460. Gauders, 461. Gauders, 462. Gauders, 463. Gauders, 464. Gauders, 465. Gauders, 466. Gauders, 467. Gauders, 468. Gauders, 469. Gauders, 470. Gauders, 471. Gauders, 472. Gauders, 473. Gauders, 474. Gauders, 475. Gauders, 476. Gauders, 477. Gauders, 478. Gauders, 479. Gauders, 480. Gauders, 481. Gauders, 482. Gauders, 483. Gauders, 484. Gauders, 485. Gauders, 486. Gauders, 487. Gauders, 488. Gauders, 489. Gauders, 490. Gauders, 491. Gauders, 492. Gauders, 493. Gauders, 494. Gauders, 495. Gauders, 496. Gauders, 497. Gauders, 498. Gauders, 499. Gauders, 500. Gauders, 501. Gauders, 502. Gauders, 503. Gauders, 504. Gauders, 505. Gauders, 506. Gauders, 507. Gauders, 508. Gauders, 509. Gauders, 510. Gauders, 511. Gauders, 512. Gauders, 513. Gauders, 514. Gauders, 515. Gauders, 516. Gauders, 517. Gauders, 518. Gauders, 519. Gauders, 520. Gauders, 521. Gauders, 522. Gauders, 523. Gauders, 524. Gauders, 525. Gauders, 526. Gauders, 527. Gauders, 528. Gauders, 529. Gauders, 530. Gauders, 531. Gauders, 532. Gauders, 533. Gauders, 534. Gauders, 535. Gauders, 536. Gauders, 537. Gauders, 538. Gauders, 539. Gauders, 540. Gauders, 541. Gauders, 542. Gauders, 543. Gauders, 544. Gauders, 545. Gauders, 546. Gauders, 547. Gauders, 548. Gauders, 549. Gauders, 550. Gauders, 551. Gauders, 552. Gauders, 553. Gauders, 554. Gauders, 555. Gauders, 556. Gauders, 557. Gauders, 558. Gauders, 559. Gauders, 560. Gauders, 561. Gauders, 562. Gauders, 563. Gauders, 564. Gauders, 565. Gauders, 566. Gauders, 567. Gauders, 568. Gauders, 569. Gauders, 570. Gauders, 571. Gauders, 572. Gauders, 573. Gauders, 574. Gauders, 575. Gauders, 576. Gauders, 577. Gauders, 578. Gauders, 579. Gauders, 580. Gauders, 581. Gauders, 582. Gauders, 583. Gauders, 584. Gauders, 585. Gauders, 586. Gauders, 587. Gauders, 588. Gauders, 589. Gauders, 590. Gauders, 591. Gauders, 592. Gauders, 593. Gauders, 594. Gauders, 595. Gauders, 596. Gauders, 597. Gauders, 598. Gauders, 599. Gauders, 600. Gauders, 601. Gauders, 602. Gauders, 603. Gauders, 604. Gauders, 605. Gauders, 606. Gauders, 607. Gauders, 608. Gauders, 609. Gauders, 610. Gauders, 611. Gauders, 612. Gauders, 613. Gauders, 614. Gauders, 615. Gauders, 616. Gauders, 617. Gauders, 618. Gauders, 619. Gauders, 620. Gauders, 621. Gauders, 622. Gauders, 623. Gauders, 624. Gauders, 625. Gauders, 626. Gauders, 627. Gauders, 628. Gauders, 629. Gauders, 630. Gauders, 631. Gauders, 632. Gauders, 633. Gauders, 634. Gauders, 635. Gauders, 636. Gauders, 637. Gauders, 638. Gauders, 639. Gauders, 640. Gauders, 641. Gauders, 642. Gauders, 643. Gauders, 644. Gauders, 645. Gauders, 646. Gauders, 647. Gauders, 648. Gauders, 649. Gauders, 650. Gauders, 651. Gauders, 652. Gauders, 653. Gauders, 654. Gauders, 655. Gauders, 656. Gauders, 657. Gauders, 658. Gauders, 659. Gauders, 660. Gauders, 661. Gauders, 662. Gauders, 663. Gauders, 664. Gauders, 665. Gauders, 666. Gauders, 667. Gauders, 668. Gauders, 669. Gauders, 670. Gauders, 671. Gauders, 672. Gauders, 673. Gauders, 674. Gauders, 675. Gauders, 676. Gauders, 677. Gauders, 678. Gauders, 679. Gauders, 680. Gauders, 681. Gauders, 682. Gauders, 683. Gauders, 684. Gauders, 685. Gauders, 686. Gauders, 687. Gauders, 688. Gauders, 689. Gauders, 690. Gauders, 691. Gauders, 692. Gauders, 693. Gauders, 694. Gauders, 695. Gauders, 696. Gauders, 697. Gauders, 698. Gauders, 699. Gauders, 700. Gauders, 701. Gauders, 702. Gauders, 703. Gauders, 704. Gauders, 705. Gauders, 706. Gauders, 707. Gauders, 708. Gauders, 709. Gauders, 710. Gauders, 711. Gauders, 712. Gauders, 713. Gauders, 714. Gauders, 715. Gauders, 716. Gauders, 717. Gauders, 718. Gauders, 719. Gauders, 720. Gauders, 721. Gauders, 722. Gauders, 723. Gauders, 724. Gauders, 725. Gauders, 726. Gauders, 727. Gauders, 728. Gauders, 729. Gauders, 730. Gauders, 731. Gauders, 732. Gauders, 733. Gauders, 734. Gauders, 735. Gauders, 736. Gauders, 737. Gauders, 738. Gauders, 739. Gauders, 740. Gauders, 741. Gauders, 742. Gauders, 743. Gauders, 744. Gauders, 745. Gauders, 746. Gauders, 747. Gauders, 748. Gauders, 749. Gauders, 750. Gauders, 751. Gauders, 752. Gauders, 753. Gauders, 754. Gauders, 755. Gauders, 756. Gauders, 757. Gauders, 758. Gauders

# Die Fürsorgekonferenz der Partei.

Auf der Fürsorgekonferenz, die am letzten Samstag in Bodenbach tagte und über deren Eröffnung wir schon kurz berichteten, hielt

## Genosse Dr. Czern

ein Referat folgenden Inhalts:

Das Problem, das zur Verhandlung steht, betrifft die Aufgabe eines gesunden Geschlechtes durch systematische Fürsorgemaßnahmen und die Bekämpfung gewisser physischer und psychischer Entartungserscheinungen innerhalb der Jugend. Das Problem hat die Partei bereits wiederholt beschäftigt und einmal sogar, am vorletzten Anführer Parteitages, zur Stellungnahme der Gesamtpartei geführt. Leider sind gerade die Aufträge der Beschlüsse, die die organisatorischen Fragen des Problems betreffen, auf dem Papier geblieben, da sie sich unmittelbar nach dem Anführer Parteitages förmlich überwindenden politischen Ereignissen alle Kräfte der Partei in Atem gehalten und für Fragen fürsorglicher-organisatorischer Natur keinen Raum gelassen haben. Seitdem wurden die Aufträge Beschlüsse durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse überholt und es fordert nun eine Nachprüfung. Ob dies geschieht, wollen wir einige Feststellungen machen.

Es mag sich vielleicht mancher die Frage stellen, was denn eine Partei des Klassenkampfes mit ähnlichen Problemen zu tun hat, ob diese nicht besser auf das Gebiet der Philantropie verwiesen werden, denn vergebens wird man in unserem Parteiprogramm oder in unserem Parteistatut auch nur die entferntesten Anhaltspunkte für eine Betätigung der Partei auf dem Gebiete des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge finden (ausgenommen einige ganz spärliche Andeutungen, die das Regulative für die Frauenorganisation enthält). Wohl spricht das Parteiprogramm und die Wiener Parteiprogramme in dem Nordinalfate, welcher das Defizit, den eigentlichen Kernpunkt des Programms anzeigt, davon, daß es unsere Hauptaufgabe sei, das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgaben zu erfüllen, es geistig und physisch tauglich zu machen und zu erhalten; doch soll dies, wie aus dem besondern Teile dieses Programmes ersichtlich ist, vornehmlich durch die Ausstattung des Proletariats mit politischen Rechten, durch anstrengenden Arbeitsschritt geschehen. Erst in dem viele Jahrzehnte darauf beschlossenen kommunalpolitischen Programm, so auch in unserem jetzigen Programm wird der Kindes- und Jugendfürsorge, der Fürsorge für das Gesundheitswesen gedacht und diese Aufgaben den Gemeinden und unseren kommunalpolitischen Vertrauensmännern aufgelegt. Doch das Leben reglementiert sich nicht nach alten Programmen und Organisationsplänen. Und so hat sich denn, ohne jedweden Stützpunkt in der Parteiverfassung, ganz aus sich selbst heraus, rein unter dem Zwang der Verhältnisse auch im Rahmen unserer Partei reiche Fürsorgearbeit entwickelt und die Ueberzeugung gefestigt, daß wir über diese neuen und sehr bedauerlichen Aufgaben und die sich neu auftretenden sozialen Probleme nicht zur Tagesordnung hinweggehen können und

zu ihnen vielmehr auch programmatisch werden Stellung nehmen müssen.

Das hat uns auch der letzte österreichische Parteitag gezeigt, der für jeden, der ihm beiwohnen das Glück hatte, ein Erlebnis gewesen ist, ein wahrer Jungbrunnen, die Quelle größter Bereicherung. Aus dem gleichen Notwendigkeiten heraus, die auch wir klar erkannten, haben unsere österreichischen Genossen zum Bevölkerungsproblem Stellung genommen und in einer klaren Formulierung der Gedanken niedergelegt, die sich zwingend aus der Analyse dieses Problems ergeben und die darin gipfeln, daß sich aus dem Sinken der Geburtenzahl und der großen Säuglingssterblichkeit zwingende Maßnahmen sozialhygienischer (Geburtenregelung) und sozialfürsorglicher Natur (weidlicher Kinderschutz, Jugendfürsorge usw.) ergeben. Auch bei uns erfordern die gleichartig verlaufenden Bevölkerungsverhältnisse eine ganze Reihe ganz analoger Maßnahmen. Aus der in den letzten Tagen veröffentlichten amtlichen Statistik ergibt sich auch bei uns eine ständige Abnahme der Geburtenfälle. Noch im Jahre 1923 gab es 378.650 Geburten, im Jahre 1924 372.383, im Jahre 1925 363.678, was gegenüber dem Jahre 1924 eine Verminderung um 8675, gegenüber dem Jahre 1923 eine solche von sogar 14.972 bedeutet. Noch im Jahre 1910 entfielen auf 1000 Einwohner 31,40 Geburten, im Jahre 1925 nur mehr 25,65. Hierbei darf aber auch das für unsere Verhältnisse so bedeutsame Moment nicht unbeachtet bleiben, daß der Rückgang der Geburtenziffer gerade in Bohmen, wo der größte Teil der deutschen Bevölkerung des Landes lebt, am größten ist, denn auf 1000 Einwohner verzeichnet die Geburtenstatistik Karpathenrunds 42, die Zalesien 27, die Mährens 24 und Böhmens 21 Geburtenfälle. Noch deutlicher aber wird diese unsere Behauptung durch die Feststellungen des statistischen Staatsamtes bestätigt, wonach auf 1000 Angehörige des ruthenischen Volkes 46,6, auf die polnische Bevölkerung 43,7, auf die ungarische 29,4, die tschechoslowakische 26,5, die jüdische 24,3 und die deutsche 21,2 Kinder entfallen. Diese Kräfteverhältnisse reden eine berechtigte Sprache. Sie zeigen uns,

von welchen Gefahr die Bevölkerung unseres Landes, vor allem die deutsche Bevölkerung bedroht ist und wie unabwendbar und unausschießbar die sich aus diesen Feststellungen ergebenden Abwehrmaßnahmen sind.

Nicht minder traurig ist es um die Kindersterblichkeit bestellt. Im Jahre 1925 entfielen 24 Prozent aller Sterbefälle auf das erste Lebensjahr. Die Zahl der todegeborenen Kinder beziffert sich auf 8122, wobei von ehelichen Kindern 20,9 pro Tausend, von unehelichen Kindern 34,6 pro Tausend tot zur Welt kamen. Unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen den Lebendgeborenen und den im ersten Jahre verstorbenen Kindern ergibt sich im Jahre 1923 eine Säuglingssterblichkeitsziffer von 147 pro Tausend, im Jahre 1924 von 148 pro Tausend und im Jahre 1925 von 146 pro Tausend. Wir finden also auch bei uns, wie in Oesterreich, dieselben charakteristischen Erscheinungen eines permanenten Sinkens der Geburtenzahl und einer sehr großen Kindersterblichkeit, welchen Erscheinungen, wie das Linzer Programm ausdrückt, nur durch den Ausbau der sozialen Verwaltung begegnet werden kann. Daran ergeben sich auch für uns die gleichen Aufgaben, wie für unsere österreichischen Freunde und naturgemäß auch für uns die Pflicht zu weitgehendem Kinder- und Jugendchutz und zum Aufbau sowie zur Ausgestaltung aller hierzu erforderlichen Einrichtungen und Anstalten. Diese Aufgabe vermögen die Kinderfreunde, die auch auf fürsorglichem Gebiete tätig sind, nicht allein auf sich zu nehmen, da sie vor allem anderen sozialistische Erziehungsorganisationen sind und dabei in erster Linie die Erziehung und Heranbildung sozial empfindender, denkender und handelnder Menschen zur Aufgabe haben.

Der Redner erörtert nun alle im Lande wirkenden Jugendfürsorgeeinrichtungen. Er bespricht vorerst die Wirksamkeit der halbamtlichen Korporationen, der Landeskommissionen und Bezirksjugendfürsorge und kennzeichnet ihre Stellung zur gesamten Jugendfürsorge des Landes sowie ihr Verhältnis zu den leitenden staatlichen und behördlichen Stellen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluß des Linzer Parteitages, welcher der Parteimitgliedschaft die Mitarbeit in diesen Korporationen aufs wärmste anträgt. Sodann beleuchtet der Redner die Betätigung der nationalen Schutzbünde (Bund der Deutschen, Nordmährerbund usw.), soweit sie die Jugendfürsorge in ihren Wirkungsbereichen einschließen, und behandelt auch das Wirken der Meritalen Charitas, welche ebenso wie die vorerwähnten nationalen Schutzbünde das ganze deutsche Gebiet mit einem Netz von Organisationen überziehen und so große Schichten der deutschen Bevölkerung, vor allem aber große Kreise der arbeitenden Bevölkerung, in ihren Bann ziehen. Die sich daraus für den Kampf der Arbeiterklasse ergebenden Gefahren finden eine eingehende kritische Beleuchtung und Erörterung, aus welcher jedoch die sich für die Partei ergebenden Schlussfolgerungen gezogen werden. Den zuletzt erwähnten, nämlich unter neutraler Flagge stehenden, in Wirklichkeit aber ausgesprochen parteimäßig eingestellten Schutzbänden werden nun die großen Fürsorgeorganisationen der österreichischen Genossen, die Societas, und der reichsdeutschen Genossen, die Wohlfahrten, gegenübergestellt und der organisatorische Aufbau, die Gliederung, der Wirkungsbereich, die bisherige Wirksamkeit, die großen Erfolge dieser großen sozialistischen Fürsorgeeinrichtungen geschildert, die die Arbeiterklasse in die gesamte Wohlfahrtspflege entsprechend eingliedern, hierbei den sozialen Auffassungen der Arbeiterklasse Geltung verschaffen, alle in der Wohlfahrt tätigen Personen zusammenfassen und schulen, die Probleme der sozialen Fürsorge wissenschaftlich verarbeiten und die Interessen der Arbeiter im Rahmen der Fürsorge wahrnehmen sollen, wobei die Zusammenarbeit mit bestehenden offiziellen Jugendfürsorgekorporationen (Landeskommissionen, Jugendfürsorge usw.) als selbstverständlicher Grundgedanke gilt.

Zum Schluß sagt der Redner die sozialistische Auffassung von der sozialen Fürsorgearbeit in folgenden Leitsätzen zusammen:

**Die Arbeiter dürfen absolut nicht lediglich Objekte, sondern müssen vor allem auch Subjekte der Fürsorge sein.**

Die soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege ist nicht bloß freiwillige und nebenläufige Arbeit, sondern soziale Arbeitspflicht und soziale Pflichtleistung. Die Wohlfahrtsarbeit darf nicht nach bürgerlichen Maximen als bloße Wohltätigkeit betrieben, sondern muß von sozialem Geiste erfüllt und von sozialistischer Ideologie durchdrungen sein. Dem in Notstand geratenen Proletariat muß verständlich gemacht werden, daß sie keine Gnade zu empfangen brauchen, sondern ein Recht auf die Fürsorge haben. Die Fürsorgearbeit darf nicht etwa bloß dem Einzelnen gelten, sondern der Allgemeinheit.

**Die proletarische Jugend muß durch sozialistische Fürsorgearbeit dem bürgerlichen Einfluß entzogen, aus der bürgerlichen Umklammerung befreit werden.**

Nur ein solcher Aufbau und eine solche Gestaltung der Fürsorgearbeit vermag für die sozialistische Weltanschauung zu werden, dem Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus zu dienen. Nur eine solche Methode der Fürsorgearbeit vermag sich in dem großen Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung vom Kapitalismus einzugliedern und neben ihm zu bestehen.

Genosse Czern bespricht sodann die vom Vorliegenden zur Debatte gestellte Resolution und schließt mit einem Appell zur Sammlung und Aktivierung aller Kräfte der Partei im Dienste des Sozialismus. (Zürnister Bericht)

Am Schluß der Konferenz wurde über Antrag des Genossen Rögler folgende

## Resolution

angenommen:

1. Die am Samstag, den 13. November, im Bodenbacher Volkshaus tagende Fürsorgekonferenz der deutschen sozialdemokratischen Partei erklärt die Sorge für die geistige, aber auch körperliche Auszubildenden des proletarischen Nachwuchses für eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie hält daher den Aufbau, die Ausgestaltung, ganz besonders aber die moralische und materielle Förderung aller diesem Ziele dienenden Fürsorgeeinrichtungen für eine dringende Notwendigkeit und erwartet von allen Parteiorganisationen, daß sie aus dieser Erkenntnis heraus dieses wichtige Arbeitsgebiet in ihren nächsten Aufgabekreis einbeziehen und alle Vorkommnisse treffen werden, die diese große Aufgabe erfordert.

2. Gemäß dem vom Linzer Parteitage des Jahres 1923 gefaßten Beschlusse erkläre die Konferenz in der sozialistischen Erziehung der Arbeiterjugend die wertvollste Grundlage der planmäßigen Schulung des Proletariats, und erachte daher eine Zusammenfassung der Arbeiterkinder jedes Ortes zum proletarischen Gemeinwohlleben für dringend geboten. Da die Arbeiterkinderfreunde die organisatorische Verankerung dieses Gedankens darstellen und in diesem Sinne einen weiten proletarischen Kinderdienst bilden, empfiehlt die Fürsorgekonferenz allen Genossen und Genossinnen, in der Arbeiterkinderbewegung eifrig tätig zu sein, den Bereich sowie seine Ortsgruppen in jeder Weise, besonders auch materiell, zu unterstützen und zu fördern.

3. Die in der gleichen Richtung liegende Arbeit unseres sozialistischen Jugendverbandes bedarf sicherer Weise der zuträglichsten Unterstützung sämtlicher Parteiorganisationen, die von der Fürsorgekonferenz hierzu in der nachdrücklichsten Weise aufgefordert werden.

4. Der Reichsverband für Kinderschutz und Jugendfürsorge, die Landeskommissionen (Landesstellen) für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen, Mähren und Schlesien, die Bezirksjugendfürsorge (Bezirkskommissionen für Kinderschutz), die wohl durchwegs vereinsmäßig organisierte, vom Fürsorgeministerium jedoch mit halbamtlichem Charakter versehene und mit gewissen halbamtlichen Funktionen ausgestatteten Körperschaften und Organe des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge sind, erachtet, wie bereits der Linzer Parteitag 1923 ausgesprochen hat, mit Rücksicht auf diesen ihren Wirkungsbereich und ihre Stellung in der gesamten Jugendfürsorge, unser vollstes Interesse, und machen schon wegen ihres obligatorischen Charakters unsere volle Mitarbeit sowohl in den leitenden Stellen als auch in allen ihnen angegliederten Einrichtungen zur Pflicht. Die Organisationen werden daher aufgefordert, diesen Institutionen das vollste Augenmerk zuzuwenden, und vor allem darauf zu sehen, daß sich unsere Teilnahme in diesen Körperschaften nicht etwa bloß auf die Mitgliedschaft einzelner Genossen und auf die vom Fürsorgeministerium geforderte obligatorische Zugehörigkeit aller Arbeiterkinderorganisationen zu diesen Jugendfürsorgestellen beschränkt, sondern sich auch in der Teilnahme an der gesamten Betätigung dieser Stellen auswirkt.

Die Aufgabe unserer Organisation, und vor allem der von uns in diese Körperschaften gesendeten Vertrauensmänner wird es sein, darüber zu wachen, daß diese Einrichtungen nicht nur von sozialistischem Geiste erfüllt, sondern auch ihrem halbamtlichen Charakter gemäß im neutralen Geiste geführt, und vor allem wiederum politisch oder parteimäßigem Einfluß entzogen werden.

5. Die durch die Wirtschaftskrise herbeigeführte und sich durch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, systematische Herabdrückung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse mit jedem Tage steigende Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse des Proletariats, die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Menschen und die damit untrennbar verbundene Häufung von Notfallsfällen erheischt in zwingender Weise gewisse organisatorische Vorkehrungen, die — in eine feste Bahn gelenkt — den Kontakt zwischen dem hilfesuchenden Proletariat und seiner Partei herstellen und ein Eingreifen der Organisationsstellen durch Erschließung vorhandener geeigneter Schutzeinrichtungen, sowie häuslicher und privater Hilfeleistungen und Hilfsquellen herbeiführen, dem notleidenden Arbeiter in Bereiche vorhandener Möglichkeiten in den schwierigsten Stunden seines Lebens beistehen, und vor allem dem Lichter Netz parteimäßig bürgerlicher und bürgerlicher Wohlfahrtsstellen entgegenstellen. Zu diesem Behufe beschließt die Partei die Gründung sozialdemokratischer Fürsorgevereine, die, in einem Verbände zusammengefaßt, und vor allem unseren Frauenorganisationen in die Hände gelegt, allen Hilfsbedürftigen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zugänglich sein sollen.

Die Schaffung dieser Fürsorgeeinrichtungen soll vorläufig nicht obligatorisch sein und nur nach Möglichkeit durch vorhandene organisatorische Möglichkeiten durchgeführt werden, wobei stets ein Einvernehmen mit dem Parteisekretariat vorzuziehen sein wird, das in jedem einzelnen Falle nach Prüfung des Vorhandenseins der sachlichen und persönlichen Voraussetzungen die Entscheidung zu treffen haben wird.

Die Mutterkommissionen für den Fürsorgebereich und vom Sekretariat vorzubereiten. Die behördliche Genehmigung, die Verbandszusage auf jeden Fall sofort einzufordern, damit das Fundament und der Rahmen der Fürsorgeorganisation gesichert ist.

# Tagesneuigkeiten.

## Ja ist das möglich?

Die „Libade Noviny“ veröffentlichten folgenden Bericht:

„Seien Freitag wurde auf dem Platz unmittelbar des Hotels „Graf“ die rumänische Staatsangehörige Zarija Bukow-Laja, Direktorin der Handelsschule in Prag, von einem Automobil überfahren. Sie wurde auf die Klinik gebracht, wo sie nach ihren Verletzungen erlag. Obwohl sie in ihrer Todesbeurteilung Legitimation und die Wohnungsadresse besaßen, wurden ihre Angehörigen von dem Unglück nicht verständigt, und es ist die Frage, ob sie überhaupt etwas erfahren hätten, wenn sie nicht einige Zufälle ergeben hätten, durch die die tragische Tatsache sicherer wurde. Im Krankenhaus erfuhr nämlich ein Angehöriger einer rumänischen Familie von dem Tode der Mädchen, der die Verwandten des Mädchens suchte und ihnen die Mitteilung des Begräbnisses anbot. Die Angehörigen begaben sich in das Krankenhaus, wo ihnen aber der Zutritt zur Leiche nicht gestattet wurde; vom Personal erfuhr sie, daß es sich um ein Autounglück handelte. Im Polizeipräsidium wurde den Angehörigen mitgeteilt, daß über die Sache nichts bekannt sei, und man verwies sie an die Informationsabteilung. Dort wurden erst die Berichte telephonisch eingeholt und erst dann im Präsidium den Angehörigen von einem Polizeioberkommissar mitgeteilt, daß es sich um keinen Unfallsfall handle und daß das Mädchen nach einer Krankheit gestorben sei. Nach langer Verhandlung wolle der Oberkommissar mit, daß das Mädchen ungeführt gegen 6 Uhr abends durch eigene Unvorsichtigkeit von einem Auto überfahren worden sei. Mit Rücksicht darauf, daß das Vergehen der Polizei den Anschein erwecke, als ob man die Sache absichtlich verheimlichen wolle, erlaubten die Angehörigen die rumänische Konsulatschiffahrt zur Intervention. Die Konsulatschiffahrt ersuchte sofort einen Legationssekretär in Begleitung zweier Konsularbeamten und zweier Beamten der Legation für die Konsolidierung, wo ihnen das Protokoll vorgelesen wurde, in dem über den Namen des Chauffeurs Felicitas Karel angeführt war. Der Vertreter der Legation, ein bekannter russischer Publizist, stellte dann fest, daß es sich um ein russisches Auto gehandelt habe, und zwar ein Auto des Präsidiums des Ministerrates.“

Wir hoffen, daß diese, wenn sich die Dinge wirklich so verhalten, ungeheuerliche Vertuschungsangelegenheit rasch aufgeklärt wird und daß sich vor allem das Ministerpräsidentium zu diesem Falle äußere.

## Herunter mit dem Zylinder

### Ein Blick ins 21. Jahrhundert.

Es ist natürlich nur in Sowjetrußland möglich, wo im langamen Nachhaken frühkapitalistischer Entwicklungsgänge bereits diese Epoche erreicht ist. Herr F. C. Weiskopf, junger Zehntens Parteimitglied der RCP und beamteter Konnektmacher des russischen Handelsvertreters Tolstoj, ist so lebenswichtig, im „Vorwärts“ etwas aus dem Tagebuch seiner russischen Reise zum Besten zu geben und beteiligt ein ganzes Kapitel „2. Umsturz . . . ins 21. Jahrhundert!“ Zunächst wird die Zentrale des Bahnhofs von Kijegoreloje — so heißt die Umsturzstation — erwähnt. Es ist alles da, was man tagelangen Stimmungsbedarf eines Rußlandbesiegten gehört. Also Lenin und Marxbüsten, ein Tschelamann (über den Marx sicher seine Freude hat) revolutionäre Zollbeamten, selbstverständlich eine Jugendgenossin usw. Daß man aber an der Schwelle des 21. Jahrhunderts steht, beweist erstens ein Gespräch mit einem deutschen Professor:

„. . . es ist doch eigentlich eine ganz unbekannte Welt, in die man da hineinfährt; wer weiß, wie es in ihr zugeht, selbst die Wagen scheinen ganz anders aus, als bei uns.“

„Die haben recht, mein Herr,“ sagt da hinter mir eine Stimme. „Sie haben ganz recht, man hat hier überall eine andere Spurweite, als drüben; man steigt hier aleichsam um ins einundzwanzigste Jahrhundert: nämlich . . .“

So haben wir jahrhundertlang am 21. Jahrhundert vorbeigeklebt! Denn die dreispurigen Bahnen bestanden schon unter dem Zarismus und wurden mit dem Gelde des französischen Güterkomitees gebaut, damit die Truppentransporte an die deutsche und österreichische Grenze schneller vor sich gehen konnten. Aber ein heller Kopf, wie dieser Weiskopf entdeckt noch mehr Symptom des 21. Jahrhunderts: Er sieht ein Leichenzugnis — das ist nun schon in Moskau, also mitten drin in der „dreispurigen“ Zukunft — und sein Freund Paul sagt:

„Schau, sie tragen Zylinderhüte! Leichenzugnis! Zylinder! . . . Die ersten und einzigen, die wir auf der ganzen Reise in Rußland gesehen haben . . . wie eigenartig; bei uns tragen sie noch den Zweimäcker aus dem vorigen Jahrhundert.“

Da erinnere ich mich an Weiskopf, an den deutschen Professor und an die Stimme, die ihm damals geantwortet hatte und philosophierte:

„Ja, weißt du, Paulchen, die Leichenzugnis sind überhaupt in allen Ländern mit ihrer Mode ein Jahrhundert zurück. Bei uns tragen sie den Zweimäcker von anno Tabak, weil der Zylinder noch in Ehren ist und hier . . . hier sind wir eben schon im 21. Jahrhundert weiter und finden den Zylinder nur-

mehr bei den „fanebraci“ (so heißen in Prag die Leichenbegerer) ... Wir sind in Regoreloje eben umgestiegen: ins einundzwanzigste Jahrhundert nämlich ...

In den Ergebungsstätten, wo sie weder Zweimaster noch Zylinder haben, könnte Herr Weiskopf, wenn er einmal das Bedürfnis haben sollte, auch fideiucensische Arbeiter (die er doch vertreten will!) leibhaftig zu sehen, und den dem Proger Bürgerföhnchen ungewohnten Anblick eines Proletariats in der Nähe zu genießen, feststellen, daß die Tragträger manchmal gewöhnliche Filzhüte tragen. Und unsere Arbeiterturner pflegen, wenn sie einen Genossen zu Grabe tragen, den Turnerhut zu tragen. Aber wir leben halt noch nicht im 21. Jahrhundert, das sich Bellamy allerdings anders vorgestellt hat!

Zwölf Todesopfer einer Granate.

Rom, 14. November. Im Fleimstal bei Ranocoggio waren gestern 14 Waldarbeiter in einer Baracke verammelt, als vor der Hütte ein noch von der Kriegszeit dort liegen gebliebene Granate explodierte. Nach einer Version sei ein Arbeiter mit der Hand auf die Granate gestoßen, nach der andern Version hat ein Arbeiter trotz Warnung seiner Arbeitsgenossen mit der Granate gespielt. Von den 14 Anwesenden wurden 11 sofort getötet, darunter drei Frauen, die drei anderen Personen wurden schwer verletzt, eine davon kurz bald darauf im Spital. Es sind größtenteils italienische Arbeiter aus Predazzo im Alter von 18 bis 20 Jahren.

Jungfrau de-jure. Wie die „A. N.“ berichten, wurde dieser Tage in Olmütz ein Herr wegen Verführung unter vorherigem Eheversprechen beurteilt, dessen Partnerin und sodann Klägerin eine in puncto Verheiratete mit dem anderen Geschlecht nicht besonders stammstrenge Dame war. Die Dame war schon einmal verheiratet, nachher aber geschieden. Der betreffende Herr war darüber aufgeklärt, für die Verführung dieser Frau eine Woche brünnen zu müssen und trieb die Geschichte zur höchsten Instanz. Und das Oberste Gericht fällt ein salomonisches Urteil. Es entscheidet, daß eine Verführung den Jungfrauenstand des unglücklichen Opfers zur Voraussetzung haben müsse. Die geschiedene Frau sei zwar keine Jungfrau mehr, wie wir aus dies gemöhnlich vorstellen, aber, nachdem sie durch die Scheidung alle jene Eigenschaften und Rechte wiedererlangt, die sie vor der Hochzeit hatte, ist sie nach der Scheidung — solange sie ihre neuermordene Jungfräulichkeit nicht wieder preisgibt — als Jungfrau de-jure zu betrachten. Eine Jungfrau de-jure kann dann ebenjogul verführt werden, wo eine Jungfrau de-facto, also eine wirkliche Jungfrau. — Der Verführer hat aber trotzdem gut abgeschnitten, indem er nachweist, daß er nicht der erste war, welcher die betreffende Dame um ihre de-jure-Jungfräulichkeit brachte. ...

Ein Jucker und ein Schelm, der sich selbst kraut. Unser Karlsbader Bruderblätt brachte vor einiger Zeit eine kurze Notiz „Das Jucker“, die in wenigen Zeilen zeigte, wie eine kleine Gabe Heber und Bescheidenem große Freude bereiten kann. Diese Notiz hatte es dem Fachmann, den sich der „Vorwärts“ allem Anschein nach für „Archaischen“ hält angehen. Nicht die Tendenz fand er sträflich, wohl aber ließ ihn ein armseliges Wortlein nicht schlafen. In der Notiz wird zunächst in der Rede der dritten Person das Wort „Bergel's Gott“ gebraucht; in dichterischer Abwandlung des Wortes wendet der Verfasser dann selbst die Dankesformel an, da man sie aus rein stilistischen Gründen an der betreffenden Stelle nicht gut durch „Schönen Dank“ oder sonst eine andere Wendung ersetzen kann. Aus dem „Bergel's Gott“ aber konstruierte der „Vorwärts“ einen Berrat und eine Anbiederung an die Götter. Er drach noch diesem Beweis kerikalre Bestimmung endgültig den Stab über die „sozialdemokratische Bildungsarbeit“. Wie der Verfasser der kleinen Skizze, Genosse Reismann, dem „Volkswille“ mitteilt, hat sich aber der „Vorwärts“ hier wieder einmal exemplarisch diametriert. Diese Notiz erschien nämlich wortwörtlich vor Jahren in der Jugendzeitschrift der Kommunisten „Die Saat“ (1. Jahrgang, Heft 17) sowie in der kommunistischen „Ökonomischen Arbeiter-Zeitung“, die ein Kopfbild des „Vorwärts“ ist, ja diese Bergel's-Gott-Notiz wurde vom „Vorwärts“ bezichtigt! Hier hat das Demagogentum der kommunistischen Presse sich selbst gestraft und die große kompromißlose Grundgesetzlichkeit ist an einem kleinen Jucker zu schanden geworden. An dem kleinen Jucker zeigt sich sehr deutlich, was bei den größeren Schwindelmännern der Moskowitz nicht immer gleich offen zutage liegt.

Die „Bohemia“ lüßt mit Mussolini. Die überaus demokratische „Bohemia“ brachte Sonntag folgende Notiz:

Mussolini als Vornamen unzulässig. Durch einen Fehler des italienischen Ministerrats ist es den Standesbeamten streng verboten, in Zukunft in die Geburtsregister andere Vornamen als die im Kalender bezeichneten einzutragen. In der letzten Zeit hatte sich nämlich in Italien der Brauch eingebürgert, den Kennzeichenen Vornamen wie Mussolini, Amunzio, Matteotti u. a. zu geben. Radikaler bestimmte Eltern hatten ebenfalls das dringende Bedürfnis, ihren Sprösslingen ihre politische Überzeugung für das ganze Leben in Namen wie: Revolution, Republik, Freiheit, Anarchie usw. anzuhängen. Man kann dem italienischen Ministerrat sein unterschiedenes Einschreiten gegen solche Geschmackverirrungen lebhaft nachfühlen.

Die Vornamen à la Amunzio oder Mussolini würde sich die „Bohemia“ wohl noch auszusprechen wissen; aber die Matteotti und so weiter geben ihr auf die Nerven. Da „lühlt“ sie mit dem Ministerrat, in dem Mussolini ein halbes Duzend Vorleserwille hat und dessen sonstiges „entschiedenes Einschreiten“ in wichtigeren Angelegenheiten, bei wichtigen Bürgern ebenfalls Sympathie findet, wenn sie diese auch nicht immer eingesehen wagen!

Ein Opfer des § 144. Der „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen wir folgende Meldung, deren tragischer Inhalt deutscher als das schärfste Wort gegen den Paragrafen spricht. Am 8. Februar erschien die Tochter des Herrn Reindl, geboren 1896, in der frauenärztlichen Ordination der Arbeiterkrankenkaße des Graniums der Wiener Kaufmannschaft, wo eine etwa sechsmonatige Schwangerschaft konstatiert wurde, sowie das Vorhandensein eines schweren Herzfehlers. Wegen dieser Krankheit, die durch eine Schwangerschaft unbedingt verschlimmert wird, wurde die Patientin an den Hofarzt der Krankenkaße Dr. Jins zur Untersuchung gewiesen, der eine schwere Mitralstenose (Herzklappenfehler) feststellte und die Einleitung des künstlichen Abortus dringend empfahl. Die Patientin wurde ins Spital gebracht. Sie war in drei Splättern, nirgends fand sie Hilse! Am 12. Mai — nach ihrer Angabe auf dem Wege zum Brauereiarzt der Kasse, um ihn um Hilfe zu bitten — stürzte sie auf der Straße bewußtlos zusammen und wurde von der Rettungsgesellschaft in die erste Frauenklinik gebracht, wo sie bis 23. Oktober in Pflege war. Am 1. September wurde dort wegen Schwangerschaft im achten Schwangerschaftsmonat die Frühgeburt eingeleitet. Nach der Entlassung aus der Klinik meldete sie sich bei ihrem zuständigen Hausarzt und erschien auch im Sekretariat der Kasse mit der Bitte, ihr die Heimirie noch schleifen zu ihren Eltern zu ermöglichen. Ihr Zustand war aber derart elend, daß ihr von der beherrschenden Hofärztin abgeraten wurde; auf Intervention des Internisten der Kasse wurde sie am 3. November in die Herzstation aufgenommen, wo sie am 5. November gestorben ist. Das Kind lebt! Wie lange? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frau zu retten gewesen wäre, wenn jemand im Spital die Verantwortung für den künstlichen Abortus auf sich genommen hätte. Doch ist einem Arzt davor kein Verstoß zu machen, wenn er es nicht tut, denn man kann schließlich niemandem zumuten, sich Weiterungen mit dem Strafgericht auszusuchen, wie sie jetzt nach den Zeugnissen an die Staatsanwaltschaft in jedem Falle zu besichtigen sind.“ Was sich in Wien ereignet hat, ist eine gar nicht so seltene Erscheinung in allen Staaten, in denen ein Paragraf die Frauen zwingt, wider Willen und Gesundheit dem Staate Kinder zu gebären. Solange man das heimliche Böden in einer Weise „schützt“, die weder dem künftigen noch dem mütterlichen Leben fruchtet, sondern beide mit bestialischen Mitteln zum größeren Nutzen der kapitalistischen Gesellschaft drangsalieren, werden solche Fälle keine Seltenheit sein, wen man sie auch nicht immer erfährt.

Aus der Freidenkerinternationalen. Die Exekutive der Internationale proletarischer Freidenker hat am 4., 5. und 6. November in Prag eine Sitzung abgehalten. Dem Delegierten Rußlands war die Einverständigung von der tschechoslowakischen Regierung nicht erteilt worden, wegen schärfster Protest erhoben wurde. Nach dem Berichte des Generalsekretärs gehören der IFF derzeit 19 Organisationen mit rund 900.000 Mitgliedern an. Die Bestrebungen der IFF in den einzelnen Ländern, die volle Vereinheitlichung der etwa bestehenden mehreren Freidenkerorganisationen herbeizuführen, schreiten insbesondere in Deutschland und der Tschechoslowakei zügig vorwärts. Das proletarische Freidenkertum sah namentlich auch in Uebersee Wurzeln; Mexiko und Brasilien werden bald Freidenkerorganisationen besitzen. Von der mexikanischen Regierung ist ein Dankschreiben für den Glückwunsch eingelaufen, den die IFF ihr wegen ihrer festen Haltung gegen die Kirche geschickt hatte. Von den gefassten Beschlüssen ist hervorzuheben: Die IFF wird die Gedanken von Marx und Engels über die Religion sowie die im Verlage „Für Literatur und Politik“, Wien-Berlin, erschienenen Gedanken Lenins: „Ueber Religion“ veröffentlichen. Für die Zentralisierung des gesamten Freidenker-Bewusstseins werden vorbereitende Schritte unternommen. Die IFF spricht sich gegen jeden Versuch der atheistischen Organisationen aus, im Rahmen der Internationale „staatliche Anerkennung“ zu erlangen. Ebenso gegen jede Art sozialer Zuschüsse an diese. Sie fordert vielmehr, wo solche staatliche Anerkennungen und Zuschüsse noch bestehen, dieser Art der verfassungswidrigen Verschleuderung allgemeiner Steuergelder eingestellt werde. Mit Beginn des nächsten Jahres wird die IFF ein wissenschaftliches Organ herausgeben. Die Konferenz befaßte sich eingehend mit der Frage der internationalen Kol-Gesetzgebung und Ausweisungsvorsatz, beschloß noch einen Aektate des Generalsekretärs, mit einem fertigen Entwurf an alle proletarischen Vorkoren, an die Regierungen und an den Völkerbund heranzutreten. Eine Resolution befaßte sich mit der Unzulässigkeit, Steuergelder der Konfessionslosen für Kirchengebäude zu verwenden, eine zweite weist auf die Notwendigkeit hin, die Landbevölkerung gegen die Kirche aufzuklären und den Gedanken der menschheitsdienlichen Einigung des Großarabbeschlusses, einschließlich des kirchlichen, zu Gunsten der Landbauerngenossen ins hohe Land hinauszutragen. Endlich wird beschlossen, daß sich die IFF mit einem Manifest an das Proletariat aller Länder wende und es zum gemeinsamen Kampfe gegen die goldene und schwarze Internationale aufzufordere.

Weitere Kommunistenverhaftungen. Die „Rozdni Politika“ meldet, wurden beim Infanterieregimente Nr. 31 in Jglau dieser Tage

einige Soldaten verhaftet, die „Spionage“ für die kommunistische Partei betrieben haben sollen. Sie liegen sich von verschiedenen Schranken nachschlüssel machen und tragen dann verschiedenes Material kommunistischer Führer zu. Sonntag wurden von der Staatspolizei bei leitenden Personen der kommunistischen Partei zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und verschiedenes angeblich überführtes Material beschlagnahmt, denn am selben Tage wurden noch der Sohn des Senators Baelidla und der Sekretär der kommunistischen Partei Panosima verhaftet.

Beschlagnahme. Am Freitag abends wurde dem Budapest Journalisten Franz Friedrich aus der Straße Brunn-Prag seine Brieftasche gestohlen. Sie enthielt Reisepaß, Taschengeld, Journalistenausweis, verschiedene Legitimationen und einen beträchtlichen Geldbetrag. Sachdienliche Mitteilungen mögen an die Polizeidirektion oder an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ gerichtet werden.

Was ist das Proletariat? Diese Frage beantwortet mit aller wissenschaftlicher Präzision der rassenbewußte Dübinger Professor Dr. K. Basler in seinem Buch „Einführung in die Rassen- und Gesellschaftsphysiologie für die Gebildeten aller Stände“. Dort heißt es auf Seite 131:

Ueber die unterste Gesellschaftsklasse, das „Proletariat“, besteht wohl die größte Unsicherheit. Es handelt sich um die Kategorie von Menschen, die für die Gesamtheit der Bevölkerung nichts aus, oder deren Arbeit nur schädlich wirkt, Verbrecher, Dürren, Jubeliter, Arbeitsscheue usw. Diesen Abschaum menschlicher Gesellschaft lassen wir zusammen unter dem Namen „Proletariat“ ... Die Proletarier stehen psychologisch den Naturvölkern näher als den übrigen Gesellschaftsklassen der eigenen Nation.

Nach dieser Probe ist es unnötig, zu fragen, zu welcher Kategorie von Menschen der hafenkreuzerliche Professor gehört. Psychologisch am nächsten dürfte er den bödarrigen Affengottungen stehen.

Wieviel Deutsche gibt es? Angesichts des Umstandes, daß in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten falsche Zahlen über das Deutschum, besonders über das Auslandsdeutschum in Umlauf gesetzt wurden, sah sich das Institut für Statistik der Winderheitsvölker an der Wiener Universitäts dazu veranlaßt, seine Berechnungen über das gesamte Deutschum zu veröffentlichen. Es leben demnach im Deutschen Reich 62.500.000 Deutsche. Im Auslande leben auf folgende Länder verteilt: Italien 300.000, Frankreich 1.700.000, Polen 1.350.000, Tschechoslowakei 3.500.000, Rumänien 800.000, Jugoslawien 700.000, Ungarn 600.000, Dänemark 55.000, Litauen 130.000, Estland 30.000, Lettland 65.000, Desterreich 4.200.000, Schweiz 2.650.000, Rußland 1.000.000, Amerika 11.000.000. Die Gesamtzahl aller Deutschen auf der Erde beträgt demnach rund 94,5 Millionen.

186.000 Arme in Böhmen. Nach den neuen statistischen Arbeiten werden in Böhmen 186.000 Personen durch die Gemeinden unterstützt. Es handelt sich in allen Fällen um unheilbare Kranke und solche Personen, welche Anspruch auf Altersversorgung durch die Gemeinde haben. Der Prozentsatz und die absolute Zahl der Armen können sich leben lassen; zumal wenn man bedenkt, wie viele Bettelarm sind, ohne unterstützt zu werden.

Millionen-Schiebungen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden in den Häfen mehrerer großer Firmen in Driburg und Ruhrort von Beamten der Kriminalpolizei und der Finanzämter eingehende Durchsuchungen vorgenommen. Außer umfangreichen Korrespondenzen wurde auch eine Anzahl Haupt- und Nebenschlüssel beschlagnahmt, die als Beweismaterial für die in die Millionen gehenden Steuerhinterziehungen dienen. Auch aus Privatwohnungen höherer Angestellter wurde eine Menge Beweismaterial beschlagnahmt. In Driburg-Melberich wurden von der Polizei mehrere Verhaftungen vorgenommen. Von der Wählheimer Polizei wurden dort ebenfalls mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen, die zum Teile wertvolles Material erbrachten, auf Grund dessen eine Reihe in der Kohlenstiebeschacht verwickelte Personen verhaftet werden konnten. Sämtliche Verhaftete wurden noch im Laufe des Sonntags dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der gegen alle festgenommenen Haftbefehle erließ.

Die Fraktion der Hinausgefeuerten. Im deutschen Reichstag hat sich eine Fraktion Linke Kommunisten gebildet, die eine Extraliste zur Einzeichnung für die Wählerzahl erhalten haben. In diese Liste zeichnen sich ein Frau Godke (Karl Fieber), Kay, Korff, Schlagewerth, Schölem, Schwanz, Tiedt, Urbahn. Es fehlt lediglich Reddermeyer, der der SPD noch erhalten bleiben soll. Dafür ist aber bereits weiterer Zuwachs für die „Fraktion der Verräter“ angebahnt, denn der Ausschluß von Schütz und Schloß steht unmittelbar bevor. Fortsetzung folgt. Der Verkehr der „Verräter“ mit dem echten Moskauer im Reichstoge ist so wie Hund und Katz.

Nachkriegsgruel. Eine „börnehme“ bürgerliche Zeitung des Rheinlandes veröffentlichen „Beldgraue Erinnerungen“. Darunter diese:

Der Engländer. Der Engländer hat allemal Hunger. Und wenn der Poil Hunger hat, dann ist er instand und schließt — sich einen Engländer, der etwas unvorsichtig als vorgeschobener Grabenposten aus der Deckung lügt. „Nach pff!“ Der Engländer freigt. Und der Poil legt über:

spanische Reiter und Trübenfelder weg und holt sich dessen wohlgefüllten Tornister.

Zur Groben kommt er aus: Brot, Konfidenbüchsen, Schnaps.

Reichvolle Augen umlauern ihn. Sagt der Bodstaud, der auch allemal Hunger hat: „Schweiter, laß mich doch auch mitfahren!“

Sagt der Poil lautlos: „Könn' mit einfallen ... Schließ dir selber einen!“

Inhalt und Form der Anekdote bestreuen die deutschen Krieger von dem Verdacht, daß sich unter ihnen dergleichen zugezogen hat. Der Widerwille, den sie hervorruft, kann nur diejenigen treffen, die mit solchen Erfindungen den Kriegsgreueligkeit pflegen wollen, natürlich zur höheren Ehre der Monarchie.

Eine Volksabstimmung über den Tanz. Das Parlament des Kantons Tessin hat im Mai ein Gesetz beschlossen, das das öffentliche Tanzen streng regelt. Den Tanzlokalen wurden hohe Gebühren auferlegt und den Jugendlichen die Teilnahme an öffentlichen Tanzbelustigungen überhaupt verboten. Das Gesetz erregte natürlich die Unzufriedenheit nicht nur der tanztrohen Jugend, sondern auch der Tanzlokalbesitzer, der Tanzmeister, der Schneider und anderer Tanzinteressenten. Da die für ein Volksabgehehen nötige Stimmenzahl ausgebracht wurde, fand am vergangenen Sonntag eine Volksabstimmung über den Tanz statt. Die Abstimmung — an der sich freilich die Jugendlichen nicht beteiligen konnten — ergab 10.210 Stimmen für und bloß 6660 Stimmen gegen die Aufrechterhaltung des Tanzgesetzes. Selbst in dem verhältnismäßig Locarno erlitten die Tanzfreunde eine Niederlage. Ist der Ausgang der Abstimmung der Trübseligkeit unserer Zeit zuzuführen oder bloß der Fälligkeit der modernen Regentranze?

15. Höchstleistungsfähige Maschinenliste. (Grundzahlen 24, 34 und 72.) 200.000 K: 14434; 70.000 K: 174024; 30.000 K: 219072; 20.000 K: 58724; je 10.000 K: 14124, 23024, 29672, 134234, 200034; je 5000 K: 1534, 2124, 21334, 21572, 54024, 67224, 71024, 71224, 71624, 90234, 115224, 125334, 129572, 137934, 153734, 161072, 161272, 164224, 181224, 189224, 190672, 206834, 223324; je 2000 K: 1824, 4572, 8272, 8834, 11624, 12772, 23172, 23834, 23972, 27824, 31672, 33672, 34972, 33034, 37134, 41972, 44234, 52724, 61572, 70224, 71272, 73172, 78024, 77224, 80334, 81824, 85224, 88134, 89224, 90534, 90934, 94134, 97434, 99024, 99672, 102572, 103472, 109234, 110334, 113434, 118124, 121272, 145872, 149672, 151434, 157872, 165124, 175324, 181134, 189072, 192734, 194672, 204134, 217034, 227634, 231524; je 1000 K: 254, 334, 3024, 3234, 734, 11634, 16834, 17734, 18924, 18734, 19372, 21072, 23934, 33534, 36424, 36772, 37434, 39034, 41324, 44224, 45324, 46724, 47072, 47634, 48434, 51534, 53834, 55624, 59172, 59224, 59334, 59672, 60134, 62172, 65072, 66772, 70334, 72224, 72772, 74324, 74534, 78572, 78872, 79034, 82434, 85172, 90924, 92324, 93334, 93872, 97324, 97624, 100172, 100272, 100672, 101224, 102472, 105472, 111124, 114824, 118372, 118472, 118724, 119334, 120772, 123224, 125834, 127472, 131024, 132234, 134272, 135172, 137424, 137972, 141224, 142472, 142624, 144224, 144524, 144534, 144672, 144972, 145972, 146124, 150224, 151172, 151734, 152134, 154834, 156034, 158134, 158272, 158424, 159124, 159224, 160024, 160924, 161024, 162124, 164472, 164734, 165624, 166134, 166972, 168224, 170472, 172072, 172324, 175972, 176124, 177472, 177824, 182724, 182824, 190034, 190072, 199324, 199224, 201272, 201324, 201534, 201672, 202072, 208134, 208524, 215024, 215722, 219272, 223424, 224224, 226072, 236124, 237672, 231372, 231624, 232924, 233324, 235334, 238924.

Riesen-Rotorschiffe. Zwei Passagierschiffe, die fast den Riesen dampfern des Mauritonia-Typs an Größe und Leistung gleichkommen, werden gegenwärtig mit Motorantrieb von der Gosald-Werke in Triest gebaut. Die in „Verst“, Rederei, Hafen“ mitgeteilt wird, werden diese Schiffe bei einem Tiefgang von 9,14 Meter eine Geschwindigkeit von 24 Knoten besitzen. Die Maschinenleistung beträgt 42.000 Wellen-HP, die der Schornstein-Culdebrauch wird auf 175 Tonnen pro Tag geschätzt. Als Triebkraft werden acht zehnjährige Dieselmotoren benutzt. Auf dem oberen der zehn Decks können 350 Fahrgäste erster Klasse, 450 zweiter, 600 dritter, 1300 vierter Klasse und 500 Mann Besatzung untergebracht werden, so daß im ganzen 3400 Menschen auf dem Rotorschiff Platz finden. Ein Deck ist nur für Salons, Restaurants und Wirtschaftsräume eingerichtet. Auf dem höchsten Deck befindet sich auch ein Abflugplatz für zwei Flugzeuge, die mitgenommen werden.

Anschlag gegen den japanischen Ministerpräsidenten. Wie die Agentur Indo-Pacific aus Tokio meldet, sind am Donnerstag drei Angehörige der revolutionären Partei, von denen einer einen Dolch mit sich führte, in die Dienstwohnung des Ministerpräsidenten eingedrungen. Sie wurden verhaftet.

Selbstmord vor der Trauung. Als in Reuhoj in der Psoj die Hochzeitsgesellschaft bereits versammelt war und nur noch auf den Bräutigam, den Landwirt Kost Niz, wartete, fiel plötzlich in seinem Zimmer ein Schuß. Man fand ihn mit erschossener Schäfte tot auf. Niz hatte sich bereits vor fünf Jahren verheiratet wollen, damals war seine Braut kurz vor der Trauung plötzlich gestorben.

Wettkampf im Rostertinken. Einer Wette zuliebe trat in Amerika innerhalb zwölf Stunden ein Portier 62 große Tassen Koffee und Schlus mit seine elf Gegner, von denen es der Beste nur auf 27 Tassen brachte. Der Portier hatte mit 30 Tassen täglich lange erwinert.

Coof erhielt einen Dolch. Der Bergarbeiterführer Coof erläßt im „Dolch Herald“ eine Aufforderung, daß bei ihm ein Dolch käuflich sei, den man ihm zuschicke, damit er — Selbstmord begehe. Der Kaufpreis für den Dolch steht natürlich dem Ausschuss der Arbeiter zu, schreibt Coof.

# Der heilige Berg.

## Versuch einer Bildsymphonie.

Das Material, das der Film künstlerisch zu gestalten hat, ist das Bild, die beliebte sichtbare Erscheinung. Beliebte sichtbare Erscheinung aber ist nicht nur der agierende Mensch oder das Tier; auch die „unbeliebte“ Natur lebt, bewegt sich auch ihre Bewegung ist „Beliebtheit“, kann also Bild im Sinne des Films werden. Da lag der Versuch nahe, in Bildern bewegter Natur ähnlich zu „dichten“, Raumstimmungen aneinanderzureihen und durch die Anreicherung, durch die Auswahl und Anordnung etwas auszudrücken, das das einzelne Naturbild selbst nicht ausdrückt. Den ersten Versuch dieser Art hat der französische Regisseur Abel Gance in der Verfilmung des „Rever“ von Barbasse gemacht. Er versuchte, ein lyrisches Gedicht des Helldens durch eine Reihe von bewegten Naturbildern filmisch wiederzugeben. Wie im Gedicht die Worte gewählt und gefaltet zu künstlerischer Wirkung gebildet werden, so werden es hier die einzelnen Naturstimmungen. Den zweiten Versuch machte Arnold Franc im „Präliminam“ seines großen Naturfilms „Der Berg des Schicksals“. Wolken und Bergspitzen, Sonnenstrahlen, Nebelregen und glühender Schnee waren dort Material der Filmdichtung, Strophen eines Filmgedichtes, das die Heimat des Helden schildern sollte. Nun hat Franc noch einen Schritt darüber hinaus, vom filmisch-lyrischen Gedicht zum filmischen Bildrama, zur großen tragischen Symphonie. Er nennt seine neue Schöpfung, den Film „Der heilige Berg“, eine „tragische Dichtung in Bildern aus der Natur“. Sie hat auch eine Handlung. Eine komplizierte, als die im „Berg des Schicksals“ war, und eine um dasselbe Maß auch dümmere und sogar kitschigere. Sie will auch eine Moral verkünden, will die Freundestreue preisen, die härter ist als die Weiblichkeit. Ein Motiv, das mit der schaurigen Großartigkeit vereiner Vereiner wenig oder gar nichts zu tun hat. Aber Franc trauerte sich einfach nicht, die Bildsymphonie ohne Wiederholungen zu schaffen. So erfand er die Fabel von der schönen Tänzerin, die von zwei Freunden geliebt wird, den einen liebt, mit dem andern nur spielt und unabsichtlich den Tod der beiden verschuldet, die in einsamer Einsamkeit, im Fels verirrt, erstirben. Die Szenen, die in der Natur spielen, sind noch halbwegs innerlich mit dem Grundbau des Films verzahnt und verschweißt. Nicht aber die, die im Atelier gedreht wurden. Das Auftreten im Donquixot, die Szenen der Mutter, all das fällt aus dem Rahmen des Films heraus, widerspricht seiner Idee, ist Fremdkörper in der Bildsymphonie.

Diese selbst aber ist ganz wunderbar. Das Meer, die Berge, der Schnee, die nobelantmoderne Sonne, der in Wolken getauchte Mond, die rasende Schneefälle des Elbaufs (dem Naturgeschehen entspricht und in seiner künstlerischen Wirkung dem Niedergang einer Latine ganz gleich), die irrenden Fackeln im nächtlichen Schneefeld, der Morgen über den Bergen, die tausendfältige Illusion in den Eisstrahlen — all dies ist Material der Filmdichtung. Die Erscheinungen wurden nicht etwa photographiert, sie wurden gestaltet, die Natur nicht einfach wiedergegeben, sondern vom Auge des Regisseurs, des Kameramannes beherrscht, in den Rahmen eines künstlerisch ausgewogenen Bildes gezwungen, ihre Vorgänge durch die Zeitläufe gedehnt, durch den Zeitraffer beschleunigt, wie das Filmbild es fordert. Aber es wird ein Mensch in die Natur gestellt, jener geschmeidige Frauenfelsen in die Bilder des Vorspiels, und der Atem der Natur aufzufangen in einem herrlichen „Tanz an das Meer“, mitten unter pit-

toresken Felsen vor dem grandiosen Hintergrund des Ozeans. Naturaufnahmen? Nein. Dichtung in dem neuen Ausdrucksmaterial visueller Gestaltung.

Im Sinne dieser Symphonie liegt es, daß sie sich Naturereignisse, die sie braucht, die aber der Kamera unerschütterbar sind, schafft, teils durch Zeitschleifen, teils durch Bantzen im Reiz. Es ist durchaus kein Widerspruch, es ist nur die letzte künstlerische Konsequenz, wenn manche Naturereignisse dieser Filmdichtung im Atelier aufgeführt wurden. Wirklichkeit und Stofflage nicht mehr zu unterscheiden sind. Es geht hier ja nicht um Naturwiedergabe, sondern um Naturgestaltung. Die kann ebenso gut in der photographierten Wirklichkeit wie in der Nachschöpfung im Atelier gegeben werden. Im Atelier sichten die Bildhauer und Bildhauer, die Erde und Ähren aus Eis, in die sich der Erfrierende zu herrlicher Höhe mit der Geliebten hineinräumt. Sie sind ebenso Bitten, wie der herrliche Berg in der Schweiz durch das gestaltende Auge des Regisseurs Bitten geworden.

Symphonie aber ist Zusammenklang um einer höheren Wirkung willen; hier: Zusammenklang von Naturbildern, also Stimmungswerte, um die Natur nicht als Berg und Wind, Schnee und Tal, Wolke und Mond, Licht und Dunkel zu zeigen, sondern als Heimat des Menschen im höchsten Sinne, geistige und feilsche Heimat. Ein bannlicher Pantheismus erfüllt diesen symphonischen Film. Es ist nicht Zufall, daß die Tänzerin, die innigst verwoben ist mit dem Erlebnis „Natur“, die den Rhythmus dieses Erlebnisses in ihren Gliedern hat, den Namen Dorothea trägt; einmal von Hölderlinscher Naturerlebens, ein Junke Hölderlinscher Poesie ist in diesen Bildern, bestimmt den Sinn ihres Gefüges.

Tragisch ist sie nun eigentlich nicht; das ist nur eine leere Geste des Autors. Doch Menschen in der Natur zugrunde gehen, weil sie in Eifersucht entbrannt, das ist nicht tragisch. Daß der Mensch in den großen Frieden der Natur seinen Kampf trägt, die großartige Harmonie der Bergwelt durch seine kleinen Angelegenheiten zu hören sucht, das ist nicht einmal tragisch, das ist, an der Majestät der Berge und Stürme, Dämmern und Sonnenuntergängen gemessen, einfach belanglos.

Nicht nur die Naturwahl der Landschaften, auch der Rahmen, in den sie gestellt werden, trägt zur Geschlossenheit dieser Bildsymphonie in ihrer eigenartigen Rhythmik bei. Es ist oft und oft darauf hingewiesen worden, und Franc hat im „Berg des Schicksals“ den besten Beweis dafür geliefert, daß eine einfache ovale oder runde Umrahmung aus einer vielleicht ganz uninteressanten Naturaufnahme ein großartiges, einprägendes, künstlerisches Bild formen kann. Der Rahmen schneidet jene hellen oder dunklen Partien weg, die das optische Gleichgewicht des Bildes stören, und stimmt die Hellheitswerte aufeinander ab. Wie im „Berg des Schicksals“ stellt Franc auch hier den Menschen meist als Silhouette gegen den Himmel oder das Schneefeld. Er macht sich so von der geringen schauspielerischen Ausdruckskraft der Bergsteiger unabhängig, mit denen er arbeitet, und bringt im Schönen überdies die menschliche Erlebung zur kongenitellsten Wirkung.

Wo der Mensch in seinen feilschen Beziehungen zur Natur gestellt werden soll, kann heutzutage natürlich der Sport nicht ganz fehlen. So hat Franc in seinem Film Aufnahmen eines Schneeschlittens, die Erhebung eines Bergsteigers über eine steile vereiste Wand und anderes übernommen. Diese sportlichen Bilder wußte er sehr feinsinnig dem Film einzufügen, wie er auch in die dramatische Wucht

Die einzige in dem Film beschäftigte Berufsschauspielerin ist Frieda Richard, die Mutter. Sonst spielen da nur Bergsteiger, Schmärer, Sportleute. Und eine Tänzerin, Leni Riefenstahl, die nicht nur tanzen kann, was im Film an sich schon eine Selbsteigentümlichkeit ist, sondern auch ein außerordentliches Gesicht und schauspielerisches Talent hat. Sie vermag es durch den Reiz ihrer Persönlichkeit, ihrer Erlebung und ihre mimische Gabe, so manche der leichtesten Spieltypen interessant zu machen.

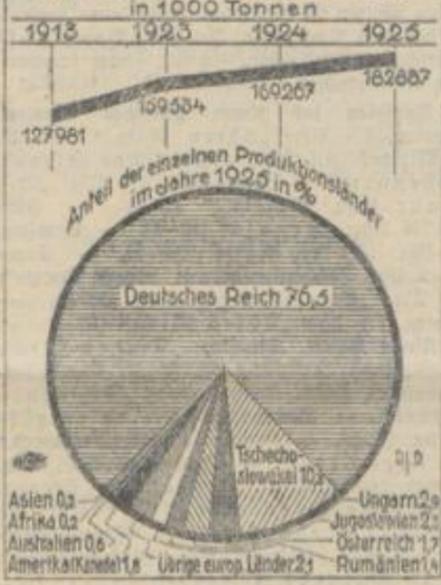
Kein Film, den man in dieser Saison gesehen hat, ist so fesselt wie dieser, keiner gibt dem Auge so viel an Wundern der Wirklichkeit; ist er doch Natur und Dichtung, Natur in Dichtung, schaut er doch die Wirklichkeit an jener Grenze, wo sie persönlich wird (im nächsten Augenblicke der Stillen über den stehenden Schnee), die Natur, wo sie Märchen wird. Wie der „Tanz an das Meer“, aber in ganz anderer Art, ist dieses Filmbild eine der wenigen Schöpfungen der Filmkunst, die zu jedem sprechen, jeden packen, jedem gefallen.

Friz Rosenfeld.

### Literatur.

„Tschchoslowakische Republik.“ Kurze Uebersicht der intellektuellen, politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse, hg. von O. Butzer und E. Kuntz, Verlag Orbis. — Dieses „offizielle“ deutsche Propagandabuch entspricht längst nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Abgesehen von vielen Oberflächlichkeiten streift es von Druckfehlern und Rechtschreibfehlern und ist daher dazu geeignet, eine Antipropagandaschrift zu werden, da ausnehmend das Augenmerk auf einen einzigen Beamten besitzt, der die deutsche Sprache einwandfrei beherrscht.

### Die Braunkohlegewinnung der Welt im Jahre 1925



Die Braunkohlegewinnung der Welt im Jahre 1925 umfaßt 182,9 Mill. Tonnen aus und 1 gegen das letzte Vorkriegsjahr um 54,9 Mill. Tonnen oder 43 Prozent gestiegen. An der Förderung der gesamten Welt ist Europa mit 97,2 Prozent beteiligt und Deutschland allein mit 63,5 Prozent.

## Warum gibt es keine Radiosendungen des Prager deutschen Theaters?

### Weil Herr Direktor Kramer nicht will!

Langsam, aber doch, wächst der deutsche Anteil am Prager Radio-Sendeprogramm. Jeder Schritt nach vornwärts muß erlämpft werden. Der deutsche Radiobeitrag leidet da, wenn auch von der Öffentlichkeit wenig beachtet, Jahr Arbeit, insbesondere unser „Freier Radiobund“, und die Prager „Urania“, konzentrieren, nicht ohne Erfolg, ihre Bemühungen auf Ausgestaltung und Erweiterung des deutschen Programms. Zu ihren Bestrebungen zählt seit langem der Versuch, das Prager deutsche Theater in die Sendungen einzubeziehen, gerade in dieser Hinsicht aber zeigen sich von allem Anfang die größten Hindernisse. Zunächst war die soziologische radio-offizielle Seite für diesen Gedanken nicht zu gewinnen; man war wohl aus nationalpolitischen Gründen nicht davon begeistert, dem Ausland immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß es neben der tschechischen auch eine deutsche Nationalbühne in Prag gibt. Dennoch war und ist nicht der tschechisch-nationale Widerstand für die Ursache entscheidend, daß das Prager deutsche Theater bis heute dem Rundfunk nicht angeschlossen ist, sondern vielmehr die Leistung der deutschen Bühne, Herr Direktor Kramer ab personam. Das Radio-Journal hat bereits seine Einwilligung in den Anschluß des deutschen Theaters gegeben, Direktor Kramer aber verweigert seine Einwilligung.

Da Direktor Kramer von seinem ablehnenden Standpunkt nicht abzurufen war, hat der deutsche Radiobeitrag über Antrag des Vertreters des „Freien Radiobundes“ an den

Prager deutschen Theaterverein und an die Direktion höfliche Aufforderungen gerichtet, die Frage einmal ordnungsgemäß zu behandeln. Während der Theaterverein sich solchen Verhandlungen nicht abgeneigt zeigte, erklärte Herr Direktor Kramer in seiner schriftlichen Antwort kategorisch, daß das deutsche Theater, so weit es auf ihn ankomme, niemals für einen Anschluß an die Rundfunksendungen zu haben sein werde. Begründung: Herr Direktor Kramer hält Radio und Kino für die größten Schädiger des Theaters. Und außerdem gäbe es dabei noch große Schwierigkeiten.

Schwierigkeiten sind da, um überwinden zu werden. Und der größte Schädiger des Theaters ist das Theater selber, das dem (zu Liebe gehehen) Schicksal von der „moralischen Kunst“ immer weniger entspricht und nur allzu oft dem von schlechtem Kino verdorbenen Publikumsgeschmack Konzessionen macht. Wenn Theaterdirektoren auf das Kino schimpfen, pflegt das nicht so sehr künstlerische, als geschäftliche Hintergründe zu haben, was natürlich bei Direktor Kramer nicht zutreffen muß. Worin aber besteht, so müssen wir Herrn Direktor Kramer fragen, die künstlerische Schädigung des Theaters durch das Radio? Daß es auch schlechte Rundfunkprogramme gibt, dürfte dem Theater kaum schaden. Und daß überhaupt erst durch den Rundfunk Hunderttausende in Kleinstädten und Dörfern gutes Theater kennen lernen, dürfte diesem wohl auch kaum Abbruch tun. Bleibt also nur übrig, anzunehmen, daß Herr Direktor Kramer fürchtet, Rundfunkhörer, die sich Theatergenüsse drahtlos verschaffen können, würden entsprechend weniger die Theater besuchen. Da wären wir nun freilich wieder beim gesellschaftlichen Eingangs. Es ist aber durchaus nicht anzunehmen, daß ein neunenwertiger Hunderteil der Bevölkerung das Theater weniger besuchen würde, wenn er einmal im Monat eine Oper oder gar nur einen Operakt im Rundfunk

hören kann; vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß der Empfang einer guten Aufführung durch den Rundfunk manchen erst zum Besuch des Theaters anregen würde. Und schließlich ist heute schon eine große Reihe deutscher Theater und Theater anderer Nationen dem Rundfunk angeschlossen, ohne daß unseres Wissens jemand eine Schädigung der betreffenden Bühnen festgestellt hätte. Und die Wiener, Berliner und Dresdener Staatsoper, die der Radio-Übertragung ihrer Aufführungen keine Schwierigkeiten bereiten, dürfen doch für die Theaterkultur mindestens so verantwortlich sein wie die Prager deutsche Bühne. Ungezählte Tausende genießen Nutzen und Freude durch den Theaterfunk, Legionen von Arbeitern, die sich Theater nicht leisten können, oder in ihrem Umkreis gar keines zur Verfügung haben, schöpfen daraus geistige und kulturelle Werte. Vielleicht denkt Herr Direktor Kramer einmal darüber nach, was das ganz besonders für die jüdisch-deutsche Bevölkerung bedeutet, die zum überwiegenden Teil in kleinen Städtchen, Industriestädtechen und Landgemeinden siedelt und Theater und Theaterbesuch nur vom Hörensagen kennt. Soweit es aber deutsche Theater in den Suburbenländern gibt, läßt ihr Niveau meist sehr viel zu wünschen übrig. Das deutsche Theater in Prag ist unter allen die weitaus beachtlichste Bühne, und hat unseres Erachtens aus diesem Grunde und wegen des Standorts, allerdings kulturelle Aufgaben. Sie über die Pannweite Prags hinaus zu erfüllen, dazu findet dieses deutsche Theater erst durch den Rundfunk nennenswerte Möglichkeiten.

Wir halten es für unerlässlich, daß diese Möglichkeiten ausgenutzt werden und werden uns weiter dafür mit aller Kraft einsetzen. In dem hier die Angelegenheit der Öffentlichkeit übergeben wird, ist ein weiteres Mittel zur Durchsetzung dieser im allgemeinen Interesse gelegenen Sache angewandt.

### Devienfurie.

Prager Kurze am 15. November.

100 holländische Gulden	1851,69	1357,02
100 Reichsmark	891,75	906,75
100 belgische Belgas	470,--	478,--
100 Schweizer Franken	651,24	554,12
1 Pfund Sterling	183,55	184,76
100 Lire	138,67	140,07
1 Dollar	32,70	34,--
100 französische Franken	112,55	115,95
100 Lira	59,47	59,97
10.000 ungarische Kronen	4,60	4,70
100 polnische Zloty	372,75	378,75
100 Portugiesische Escudo	476,--	479,--

### Volkswirtschaft.

## Dankbezeugung des Britischen Gewerkschaftsbundes an die im J. G. B. vereinigten Arbeiter.

In einem Briefe an das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes richtet die Exekutive der britischen Landeszentrale an den Vorstand des J. G. B. und damit an die angeschlossenen Länder folgende Worte des Dankes und der Anerkennung für die den englischen Bergleuten geleistete Hilfe:

„Wir ergreifen die Gelegenheit, um dem Vorstand des J. G. B. noch einmal für die den Bergleuten in so glänzender Weise geleistete finanzielle Hilfe zu danken. Die auf unsere Bitte durch Ihre Vermittlung von den angeschlossenen Landeszentralen übermittelten Summen waren im großen Kampfe der Bergleute eine Quelle großer Kraft und werden, abgesehen von ihrer unmittelbaren Wirkung, zur Stärkung der Solidaritätsbände zwischen den organisierten Arbeitern Englands und den Kameraden des Kontinents beitragen.“

Da alle den britischen Bergleuten übermittelten Summen, obwohl sie für die Arbeiter auf dem Kontinent angesehens der schwierigen Lage verschiedener Länder vielfach eine beträchtliche finanzielle Leistung bedeuten, die unendlichen Leiden der Hunderttausende von Bergleuten nur um ein Geringes lindern konnten, ist zu hoffen, daß die nun im Gange befindlichen Unterhandlungen zu einem erfolgreichen und ehrenvollen Abschluß des Konfliktes führen. Ist dies nicht der Fall, so werden die britische Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die Landeszentralen des J. G. B. Mittel und Wege finden müssen, um den englischen Bergleuten auch weiterhin nach Möglichkeit beizustehen.

### Der handelspolitische Konflikt mit Oesterreich.

Ueber die Kündigung des tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertrages (siehe die „Arbeiterzeitung“).

Ein Staat, der selbst eine so hochschutzholländische Politik betreibt wie die Tschechoslowakei, hat kein Recht, sich darüber zu beschweren, daß auch ein anderer Staat seine Zölle erhöht und Verträge kündigt, um die erhöhten Zölle entweder in Wirklichkeit zu sehen oder in Vertragsverhandlungen als Kompensationsobjekte zu benutzen, um Zollermäßigungen von andern Staaten zu erlangen.

Aber haben auch die Tschechen kein Recht, sich über die Kündigung zu beschweren, so ist doch, von unserem eigenen Standpunkt aus betrachtet, die Kündigung keineswegs ungefährlich.

Unsere Volkswirtschaft braucht eine Verdichtung unserer Handelsbeziehungen zur Tschechoslowakei, nicht eine Vergrößerung der Hindernisse des Güterauslaufes zwischen den beiden Staaten. Die Kündigung unseres bisherigen Vertrages wird nützlich sein, wenn man die Verhandlungen über einen neuen Vertrag dazu benützt, von der Tschechoslowakei eine Ermäßigung ihrer Zölle auf unsere Industrieprodukte zu erreichen; sie wird uns selbst nur schaden, wenn man darauf ausgeht, die erhöhten Zölle der letzten Zolltarifnovelle gegen die Tschechoslowakei mit möglichst geringem Abschlag in Geltung zu setzen.

Gerade das ist aber offenbar der Wunsch einflussreicher Gruppen österreichischer Industrieller. Ihnen ist es offensichtlich darum zu tun, daß aus den Verhandlungen ein Vertrag hervorgehe, der uns nicht so sehr tschechische Zollermäßigungen als österreichische Zollermäßigungen bringen soll.

Eine solche Politik würde zwar einzelnen österreichischen Industriezweigen den heimischen Markt gegen die tschechische Einfuhr schützen, aber sie würde den Konsumenten viele wichtige Verbrauchsgüter, sie würde großen Industriezweigen viele wichtige Rohstoffe verkürzen, sie würde den Handel schwer belasten, sie würde die Möglichkeiten für unseren Industrieexport günstigere Bedingungen in der Tschechoslowakei zu erlangen, nicht ausnützen. Schließlich aber würde eine solche schutzholländische Politik gegenüber der Tschechoslowakei die Tendenzen der Agrarier stärken, auch unseren agrarischen Rohstoffindustrien gegenüber eine solche schutzholländische Politik einzuschlagen, was zu einer Konzentration unserer Industrie führen würde.

Gegen solche Pläne müßten wir daher den schärfsten Einspruch erheben. Die Kündigung des Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei ist nur dann zu rechtfertigen, wenn sie nicht der Erhöhung unserer Zollmauern dienen, sondern die Abtragung der tschechischen Zollmauern erreichen soll.

